

Gemeinde **Bönen**



Beteiligungsbericht ***Geschäftsjahr 2011***

Impressum

Herausgeber

Gemeinde Bönen
Der Bürgermeister

Redaktion

Fachbereich I - Innerer Service
Finanzmanagement
Am Bahnhof 7, 59199 Bönen
Tel.: 02383/933-164
Fax: 02383/933-119
E-Mail: stefan.wilke@boenen.de

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
Der Beteiligungsbericht im Neuen Kommunalen Finanzmanagement	5
Übersichten	
Formen wirtschaftlicher Betätigung	6
Beteiligungsstruktur der Gemeinde Bönen	7
Die wichtigsten Daten kurzgefasst	9
Beteiligungsunternehmen der Gemeinde Bönen	
Bio-Security Managementgesellschaft mbH, Bönen	11
Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH, Bönen	17
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	23
GSW - Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen	31
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)	43
Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)	55
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)	65
Bürgerstiftung Förderturm Bönen	73
Anhang	
Die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW zur wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung (§§ 107 – 115 GO NRW)	76
Erläuterung betriebswirtschaftlicher Begriffe	85

Vorwort

Die Verpflichtung der Gemeinde Bönen zur Aufstellung eines Beteiligungsberichtes ergibt sich aus den neuen Vorschriften des § 117 Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW) i.V.m. § 52 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW).

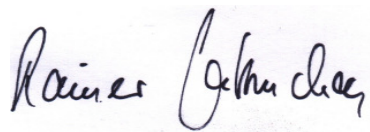
Nach § 117 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

Der Beteiligungsbericht soll den beiden Hauptzielgruppen, den politisch verantwortlichen Mandatsträgern und der interessierten Öffentlichkeit einen schnellen Überblick über die Beteiligungsverhältnisse der Gemeinde Bönen sowie über die Aufgabenerfüllung und die finanzielle Situation in den Beteiligungsunternehmen verschaffen. Aus diesem Grund wird der Beteiligungsbericht für jeden Interessierten zur Einsichtnahme im Fachbereich I, Innerer Service, Finanzmanagement bereitgehalten und zusätzlich im Internet unter www.boenen.de veröffentlicht. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird im Amtsblatt der Gemeinde Bönen hingewiesen.

Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde Bönen konzentriert sich auf die Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie den Betrieb von Freizeiteinrichtungen, den gemeindlichen Personennahverkehr und die Wohnungswirtschaft. Ergänzt wird die kommunale wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde Bönen durch weitere Unternehmen oder Beteiligungen, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Der im Jahre 1996 erstmalig erstellte Beteiligungsbericht wird mit nachstehendem Beteiligungsbericht der Gemeinde Bönen für das Geschäftsjahr 2011 fortgeschrieben. Er umfasst die unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde Bönen nach dem Stand vom 31.12.2011.

Bönen im Dezember 2012



Rainer Eßkuchen
Bürgermeister

Der Beteiligungsbericht im Neuen Kommunalen Finanzmanagement

Nach neuer Rechtslage (§ 49 Abs. 2 GemHVO NRW) stellt der Beteiligungsbericht zukünftig neben dem Gesamtabschluss und dem Gesamtlagebericht die dritte Komponente der Gesamtrechnungslegung dar.

Der Gesamtabschluss ist nach § 2 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (NKF Einführungsgesetz NRW - NKFEFG NRW) spätestens zum 31.12.2010 aufzustellen.

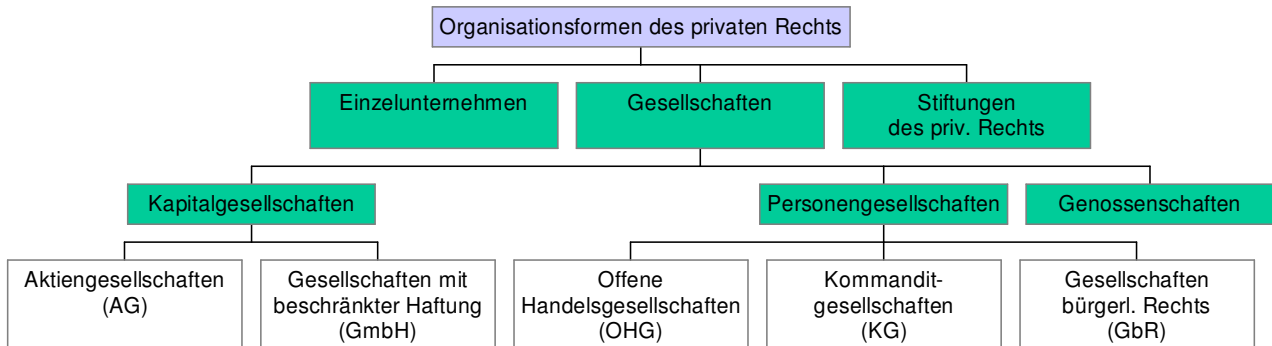
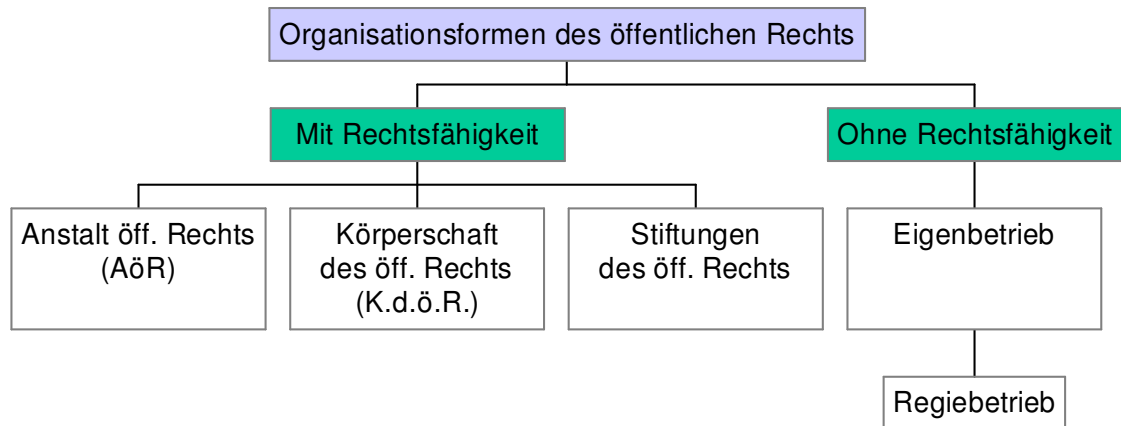
Im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen an den Beteiligungsbericht als Teil der Gesamtrechnungslegung der Gemeinde Bönen sind in den Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011 Änderungen eingeflossen, die auch bereits für die folgenden Berichte gelten.

- Die Darstellung der Beteiligungsstruktur gem. § 52 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW erfolgt in der Reihenfolge der Bilanzpositionen.
- Bei Kleinstbeteiligungen wird bis auf die Darstellung in der Übersicht gem. § 52 Abs. 3 GemHVO NRW und in der tabellarischen Kurzübersicht „Die wichtigsten Daten kurzgefasst“ auf eine Aufnahme in den Bericht abgesehen. Da die Gemeinde auf Grund der geringen Beteiligungsverhältnisse hier faktisch keine Einflussmöglichkeiten hat, ist ein Informationsverlust hinsichtlich steuerungsrelevanter Daten nicht gegeben. Von dieser Regelung ausgenommen sind Beteiligungen, mit denen die Gemeinde regelmäßige oder wesentliche Geschäftsbeziehungen unterhält.
- Aus Gründen der Übersichtlichkeit über alle wirtschaftlichen Verflechtungen der Gemeinde Bönen sind auch die mittelbaren Beteiligungen in einer zusätzlichen Übersicht aufgeführt.
- Um eine möglichst vergleichbare Struktur auch mit anderen Beteiligungsberichten zu erreichen, erfolgt die Darstellung der Unternehmensdaten - mit einigen Ergänzungen - analog zur Aufzählung des § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW. Daraus ergibt sich folgende Gliederung:
 - Unternehmenssitz
 - Gründung
 - Stammkapital
 - Ziele der Beteiligung
 - Erfüllung des öffentlichen Zwecks
 - Beteiligungsverhältnisse
 - Geschäftsergebnisse mit den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen
 - Lagebericht der Beteiligung bzw. Auszüge des Lageberichtes
 - Leistungen der Beteiligung
 - Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde
 - Zusammensetzung der Organe der Beteiligung
 - Personalbestand der Beteiligung

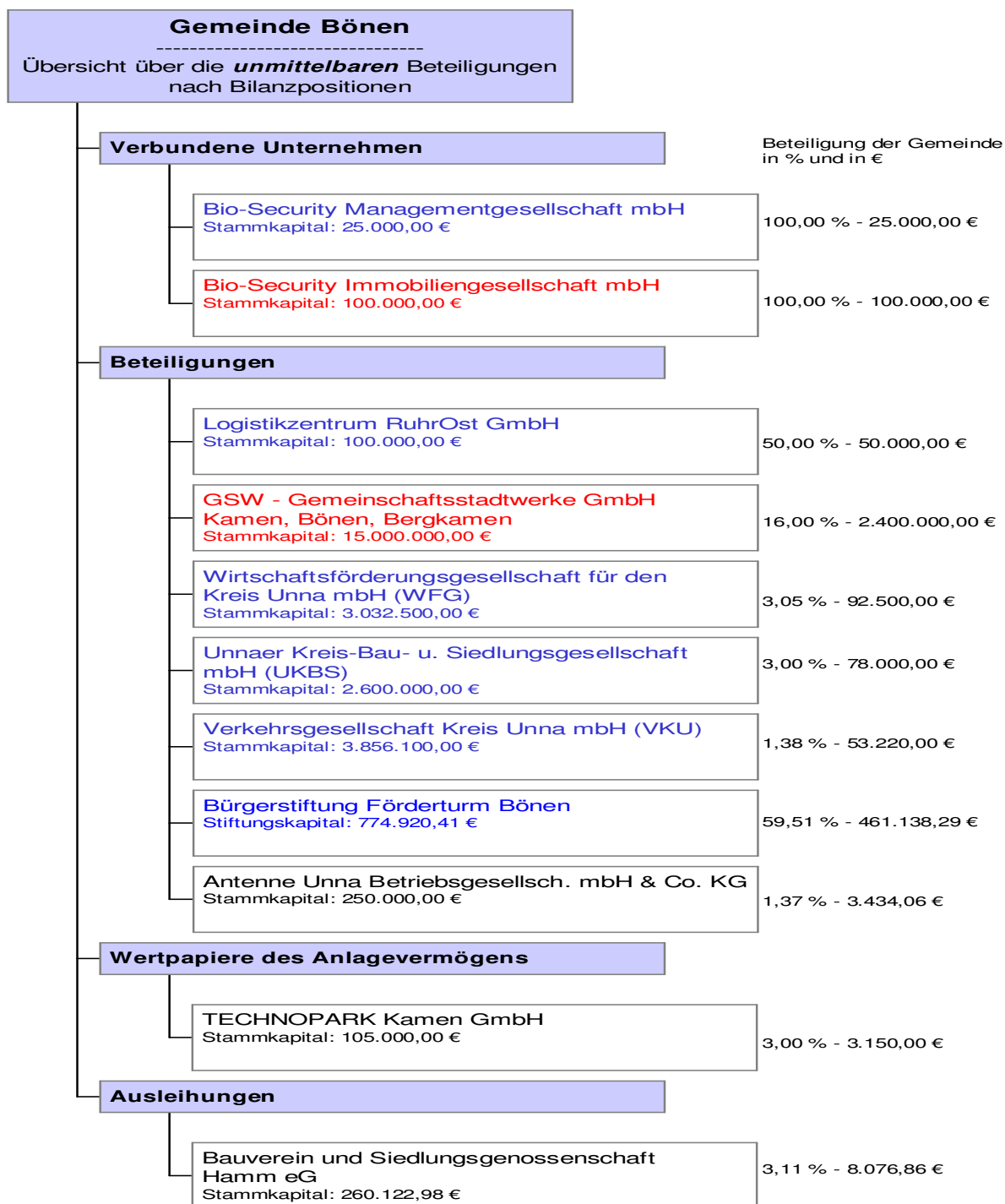
Übersichten

Formen wirtschaftlicher Betätigung

Die folgenden Schaubilder geben eine Übersicht über die Formen der wirtschaftlichen Betätigung sowohl des öffentlichen als auch des privaten Rechts.



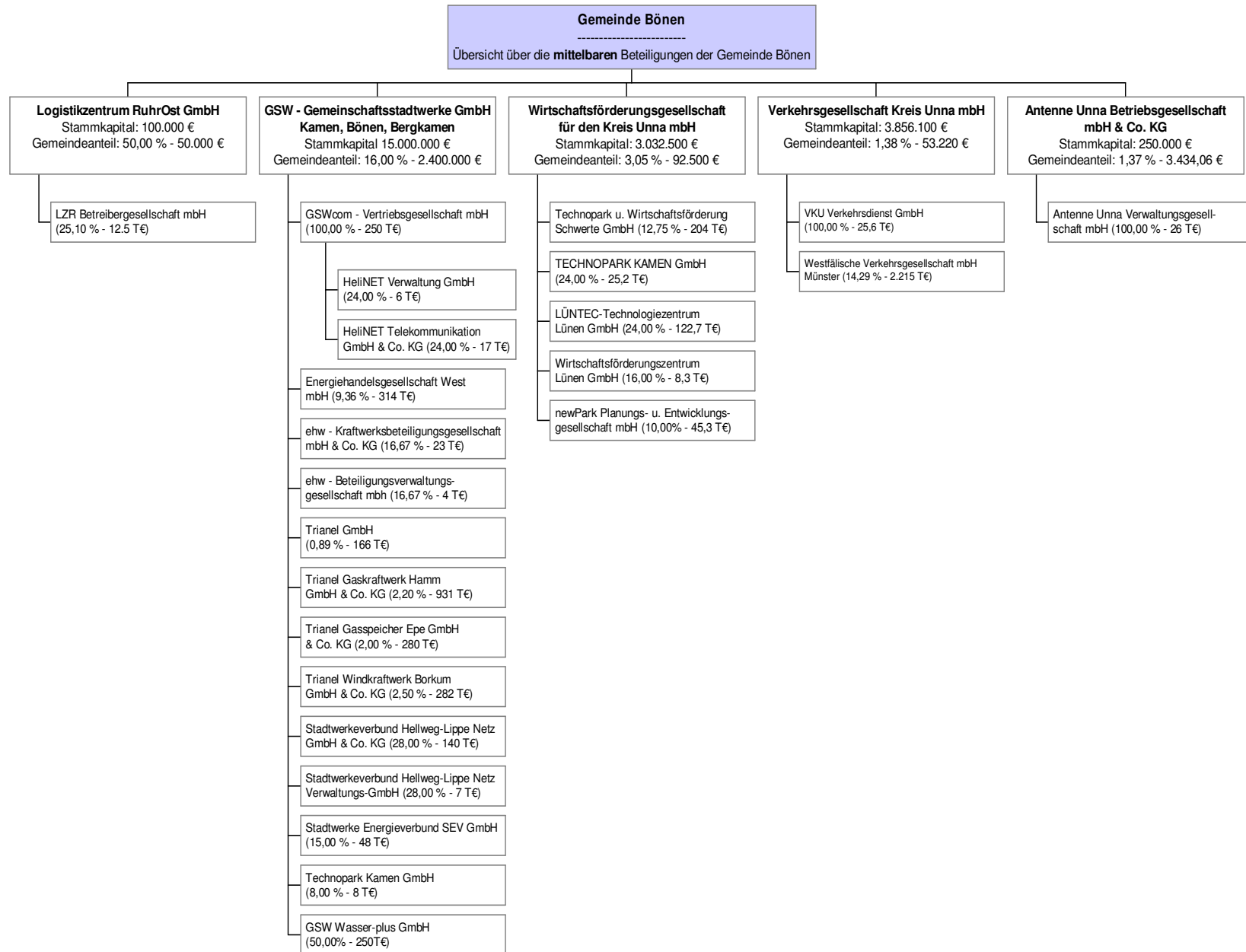
Beteiligungsstruktur der Gemeinde Bönen gem. § 52 Abs. 3 GemHVO NRW



Rot = Im Gesamtabschluss zu konsolidierende Beteiligungen (Stand 12/2011)

Blau = Beteiligungen, die wegen Art und Umfang der Geschäftsbeziehungen ausführlich dargestellt werden

Schwarz = Kleinstbeteiligungen. Darstellung nur in der Übersicht gem. § 52 Abs. 3 GemHVO NRW



Die wichtigsten Daten kurzgefasst

Daten zum 31.12.2011	Stamm- kapital T €	Anteil Gem. Bönen %	Anteil Gem. Bönen T €	Eigen- kapital T €	Anlage- vermögen T €	Verbindlich- keiten T €	Bilanz- summe T €	Ergebnis GuV T €
Gesellschaften								
Bio-Security Managementgesellschaft mbH	25	100,00%	25	98	17	16	129	14
Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH	100	100,00%	100	1.881	14.542	6.293	14.934	125
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	100	50,00%	50	249	3.253	3.236	3.494	99
GSW - Gemeinschaftsstadtwerke GmbH	15.000	16,00%	2.400	41.915	114.319	76.286	148.362	1.471
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	3.033	3,05%	93	12.448	448	31.937	63.214	0
Unnaer Kreis - Bau- u. Siedlungsgesellschaft mbH	2.600	3,00%	78	22.823	93.515	77.083	100.541	1.018
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	3.856	1,38%	53	4.496	8.734	11.283	18.761	0
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	250	1,37%	3	293	501	776	1.218	0
Technopark Kamen GmbH	105	3,00%	3	105	2.191	611	2.482	0
Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG	260	3,11%	8	4.284	7.234	3.927	8.245	12
	Stiftungs- kapital T €	Anteil Gem. Bönen %	Anteil Gem. Bönen T €					
Stiftungen								
Bürgerstiftung Förderturm Bönen	775	59,51%	461					



Bio-Security Managementgesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Bio-Security Managementgesellschaft mbH
Siemensstr. 42
59199 Bönen

Telefon: 02383 - 9190
Telefax: 02383 - 919333
E-Mail: info@bio-security.de
Internet: www.bio-security.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 14. September 2004 (Gesellschaftsvertrag) gegründet und am 28. Oktober 2004 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, HRB 5222, eingetragen.
Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 14.09.2004.

Stammkapital

25.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Bönen durch die Verwaltung des Kompetenzzentrums „Bio-Security“, Unternehmens- und Finanzierungsberatung, die Durchführung von Seminarveranstaltungen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie verwandte Dienstleistungen im Bereich Bio-Security. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht. Eventuell entstehende Gewinne werden im Sinne des Gesellschaftszweckes reinvestiert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, durch die Etablierung des Kompetenzfeldes Bio-Security einen grundlegenden Baustein zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu liefern. Durch die Unterstützung des Strukturwandels werden zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen in der Gemeinde Bönen geschaffen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter: Gemeinde Bönen (100%)

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.155,00	1.122,00	89,00
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.262,00	3.901,00	16.570,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	75.468,52	80.036,66	39.105,29
2. sonstige Vermögensgegenstände	6.629,33	4.850,02	1.976,38
II. Guthaben bei Kreditinstituten	21.691,85	25.144,09	67.978,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.924,59	2.327,95	2.932,53
Summe Aktiva	113.131,29	117.381,72	128.651,84
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	38.389,50	46.604,28	59.829,70
III. Jahresüberschuss	8.214,78	13.225,42	13.601,68
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	778,00	2.687,00	1.734,00
2. Sonstige Rückstellungen	20.000,00	17.100,00	12.390,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	5.187,78	1.313,14	4.417,45
3. Sonstige Verbindlichkeiten	15.561,23	10.466,56	11.679,01
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.924,59	985,32	0,00
Summe Passiva	113.131,29	117.381,72	128.651,84

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	294.999,92	303.000,00	324.999,96
2. sonstige betriebliche Erträge	16.306,70	16.686,05	12.107,02
3. Personalaufwand	210.217,42	218.713,17	235.950,03
4. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenst. des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.058,38	2.647,82	4.123,65
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	85.819,27	78.636,64	76.749,62
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,39	0,00	0,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.215,94	19.688,42	20.283,68
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.001,16	6.463,00	6.682,00
10. Jahresüberschuss	8.214,78	13.225,42	13.601,68

Auszüge aus dem Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Bönen durch die Verwaltung des Kompetenzzentrums „Bio-Security“, die Unternehmens- und Finanzierungsberatung, die Durchführung von Seminarveranstaltungen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie verwandte Dienstleistungen im Bereich Bio-Security. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht. Eventuell entstehende Gewinne werden im Sinne des Gesellschaftszwecks reinvestiert. Vorrangige Aufgabe der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung der Immobilie Bio-Security, die Mieterakquisition und der Aufbau des dazugehörigen Netzwerks. Der Geschäftsverlauf steht somit im Einklang mit der öffentlichen Zielsetzung.

Die erfreuliche Entwicklung, welche sich bereits zu Ende des Geschäftsjahres 2010 andeutete, setzte sich in 2011 fort, so dass zahlreiche neue Mieter für das Zentrum gewonnen werden konnten. Gleichzeitig wurde das bestehende Netzwerk weiter ausgebaut und viele interessante Kontakte für die zukünftige Entwicklung geknüpft. Die gleiche positive Entwicklung zeigte sich auch beim 3. Bio-Gründer-Wettbewerb, der in 2011 bereits über 20 Teilnehmer verzeichnete.

Zusätzlich hierzu ist die Gesellschaft Mit Antragsteller zahlreicher Förderanträge, welche im Erfolgsfall nicht nur mit zusätzlichen Einnahmen, sondern auch mit der Stärkung des positiven Images von Bio-Security verbunden sind.

Unplanmäßig wurde gegen Ende des Geschäftsjahres die bestehende Telefonanlage inklusive des dazugehörigen Mitarbeiters vom hiermit ursprünglich beauftragten Dienstleister übernommen, da dieser in akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten geriet und nur auf diesem Weg der Betrieb der Anlage sichergestellt werden konnte. Wirtschaftlich hat dies allerdings keine Auswirkungen für die Gesellschaft und stärkt zusätzlich die Autonomie des Zentrums.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag eine Bilanzsumme von T€ 128,7 aus. Davon entfallen T€ 68,0 auf die liquiden Mittel und T€ 39,1 auf Forderungen aus Lieferung und Leistung. Der Ausweis im Anlagevermögen für Software, Büroeinrichtung sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung beläuft sich nach Anschaffung der Telefonanlage nun auf insgesamt T€ 16,7. Auf der Passivseite wird ein bilanzielles Eigenkapital von T€ 98,4 ausgewiesen, was einer Eigenkapitalquote von 76,5% entspricht. Die sonstigen Rückstellungen betragen T€ 12,4.

Das Geschäftsjahr 2011 endet mit einem Jahresüberschuss iHv T€ 13,6, bei Erlösen aus Geschäftsbesorgungsvergütung iHv T€ 325,0, Erlösen aus Dienstleistungen iHv T€ 6,2, Erlösen aus Telefon und Internet iHv T€ 4,1, Personalaufwendungen iHv T€ 236,0, Abschreibungen iHv T€ 4,1, sonstigen betrieblichen Aufwendungen iHv T€ 76,7 und Steuern vom Einkommen und vom Ertrag iHv T€ 6,7.

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erneut als sehr stabil zu bezeichnen. Wie in den Vorjahren ist das Gesamtbild der Gesellschaft sowohl auf Kosten- als auch auf Erlösseite stark durch den langfristig angelegten Geschäftsbesorgungsvertrag geprägt.

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 ist ein Jahresergebnis von jeweils ca. T€ 6,5 geplant.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens ist über die vereinbarte Geschäftsbesorgungsvergütung ausreichend abgesichert.

Risiko- und Prognosebericht

Aufgrund der Orientierung an dem langfristigen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH ist auch in den Folgejahren eine ähnliche Entwicklung wie in den bisherigen Geschäftsjahren zu erwarten. Es ist somit festzustellen, dass aufgrund der gegebenen vertraglichen Bindung und der gegebenen Konstellation die Gesellschaft in erheblichem Maße von der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH und dem langfristigen Erfolg der Infrastrukturmaßnahme „Bio-Security“ abhängig ist. Sofern dieses über 15 Jahre fest abgeschlossene Vertragsverhältnis nicht gefährdet ist, bestehen keine nennenswerten Risiken für die Gesellschaft. Darüber hinaus werden zusätzliche Ertragspotentiale durch die Erbringung von Dienstleistungen zusätzlich ausgebaut. Auf der Kostenseite soll zukünftig eine Entlastung durch die Verrechnung auf akquirierte Förderprojekte erfolgen.

Sofern verstärkte Vermarktungsaktivitäten als sinnvoll und erfolgsversprechend eingestuft werden, behält sich die Gesellschaft gemäß bilateraler Vereinbarung vor, das in den Vorjahren nicht genutzte Budget aus Geschäftsbesorgung zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch zu nehmen.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Leistungen der Beteiligung

Siehe dazu „Leistungen der Beteiligung“ unter Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat die Bio-Security Management GmbH als 100prozentige Tochtergesellschaft gegründet. Das Stammkapital beläuft sich auf 25.000,00 €. Die Bildung einer Rückstellung für die mögliche Übernahme eines negativen Jahresergebnisses wird durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von 13,6 T€ nicht notwendig.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2011 Herr Dipl.-Kaufmann Dr. Christian Rose. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Prokura

Gesamtprokurist war im Geschäftsjahr 2011 Herr Dipl. Volkswirt Dr. Michael Dannebom.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Mitglieder

Herbst, Klaus	SPD
Köster, Thomas	SPD
Kolar, Jürgen	SPD
Plicht, Michael	SPD
Lutz-Kunz, Sabine	SPD
Hübner, Manfred	CDU
Pohlmann, Ulrich	CDU
Rütten, Heike	GRÜNE
Albert, Dieter	BgB
Dammrose, Ralf	FDP
Eßkuchen, Rainer	BM

Stellvertreter

Holtmann, Antje	SPD
Heinze, Klaus-Werner	SPD
Solny, Roswitha	SPD
Kerl, Hans-Werner	SPD
Rehmet, Sophie	SPD
Flucks, Peter	CDU
Leyer, Thorsten	CDU
Lange, Friedhelm	GRÜNE
König, Klaus	BgB
Eggers, Maren	FDP
Carbow, Dirk	Verwaltung

Stand: 31.12.2011

Personalbestand

Die Bio-Security Managementgesellschaft hatte zum 31.12.2011 folgenden Beschäftigungsstand:

Vollzeitkräfte:	5
Auszubildende:	1
Minijobs:	1



Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH
Siemensstr. 42
59199 Bönen

Telefon: 02383 - 9190
Telefax: 02383 - 919333
E-Mail: info@bio-security.de
Internet: www.bio-security.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 14. September 2004 (Gesellschaftsvertrag) gegründet und am 13. Oktober 2004 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, HRB 5209, eingetragen.
Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 14.09.2004.

Stammkapital

100.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Bönen durch die Errichtung und Vermietung des Kompetenzzentrums „Bio-Security“ einschließlich aller hierzu dienenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht. Eventuell entstehende Gewinne werden im Sinne des Gesellschaftszweckes reinvestiert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, durch die Etablierung des Kompetenzfeldes Bio-Security einen grundlegenden Baustein zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu liefern. Durch die Unterstützung des Strukturwandels werden zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen in der Gemeinde Bönen geschaffen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter: Gemeinde Bönen (100%)

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	57.399,00	0,00	0,00
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2,00	2,00	2,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgl. Rechte u. Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	12.936.830,63	12.497.465,63	12.051.900,63
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.965.173,00	2.695.176,00	2.425.185,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	90.057,00	73.156,00	65.310,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00
C. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.790,01	200.655,36	179.290,44
2. sonstige Vermögensgegenstände	16.848,19	3.759,00	5.307,74
II. Guthaben bei Kreditinstituten	431.681,52	22.778,98	196.327,68
D. Rechnungsabgrenzungsposten	9.486,66	7.064,24	10.274,25
Summe Aktiva	16.588.268,01	15.500.057,21	14.933.597,74
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	2.700.000,00	3.100.000,00	3.500.000,00
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-1.750.190,28	-1.902.001,25	-1.843.939,37
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-151.810,97	58.061,88	124.566,30
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.137.014,88	7.438.043,88	6.739.075,80
C. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen	20.550,00	27.782,97	19.138,25
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.187.354,02	6.520.856,66	6.193.078,80
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	173.959,53	128.198,07	66.103,65
3. Sonstige Verbindlichkeiten	170.939,49	26.381,83	33.692,64
E. Rechnungsabgrenzungsposten	451,34	2.733,17	1.881,67
Summe Passiva	16.588.268,01	15.500.057,21	14.933.597,74

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	1.125.217,74	1.135.211,80	1.216.874,78
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	707.022,74	761.917,23	702.531,77
4. Personalaufwand	12.707,48	10.973,44	13.051,36
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	854.925,22	790.529,90	733.729,43
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	802.202,17	731.200,40	783.867,27
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	734,00	103,50	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	314.950,58	306.466,91	264.192,19
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-151.810,97	58.061,88	124.566,30
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-151.810,97	58.061,88	124.566,30

Auszüge aus dem Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der satzungsmäßige Geschäftszweck der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH besteht in der Begleitung des Aufbaus und der Vermietung der Immobilie Bio-Security. Der Geschäftsverlauf steht somit im Einklang mit der öffentlichen Zielsetzung.

Im Geschäftsjahr 2011 setzte sich der positive Trend fort, welcher sich schon zu Ende des Geschäftsjahres 2010 andeutete und es konnten zahlreiche neue Mieter für das Zentrum gewonnen werden. Auszüge sind im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

In Absprache mit dem Wirtschaftsministerium wurde sogar zugesagt, die GEA Farm Technologies GmbH zusätzlich als Ankermieter auf die Infrastruktur-Flächen aufnehmen zu dürfen, so dass zum Termin 01.09.2011 eine komplette Etage im Bürotrakt an das Unternehmen vermietet werden konnte.

Der Auslastungsgrad der fest zu vermietenden Flächen beträgt im Dezember 2011 etwa 94% und es sind somit ca. 320 Beschäftigte im Zentrum tätig.

Auch mit dem Großmieter, welchem im Jahre 2010 ein erheblicher Teil der Mieten aus strategischen Gründen gestundet wurde, konnte Ende 2011, nach dem Einstieg eines Investors, eine Rückzahlungsvereinbarung erzielt werden, so dass die ausstehenden Mieten innerhalb des ersten Halbjahres 2012 zurückgezahlt werden.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag eine Bilanzsumme von T€ 14.934 aus. Der Ausweis im Anlagevermögen für Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen und Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung beläuft sich auf insgesamt T€ 14.542.

Die Gesellschaft weist zum Stichtag ein bilanzielles Eigenkapital von insgesamt T€ 1.881 aus. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 12,6%. Zwischen Eigenkapital und Fremdkapital wird als Korrektiv zum Anlagevermögen ein Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen iHv T€ 6.739 ausgewiesen. Im Zuge der Abschreibung des förderfähigen Investments erfolgt im Zweckbindungszeitraum (15 Jahre) eine Gewinn erhöhende Auflösung dieser Investitionsrücklage.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich zum Bilanzstichtag auf T€ 6.193. Die Gesellschaft weist für 2011 einen Jahresüberschuss von T€ 124,6 aus und beendet das Geschäftsjahr somit über den ursprünglichen Planzahlen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Ergebnis in weiten Teilen mit der Planung übereinstimmt. Die Finanzlage des Unternehmens ist durch die Aufnahme langfristiger Darlehen sowie die erhaltenen Investitionszuschüsse mittelfristig gesichert. Die Ertragslage hat sich gegenüber den Vorjahren weiter verbessert. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 ist ein vergleichbares Ergebnis wie im Geschäftsjahr 2011 geplant.

Risiko- und Prognosebericht

Wie in den Vorjahren prognostiziert hat sich die Kosten- und Erlössituation der Gesellschaft deutlich verbessert, was zu einer erheblichen Entlastung der Gesellschaft führt. Neben der Erbringung des Eigenanteils der Gemeinde Bönen (jährliche Gesellschafterleistung) führt das positive Jahresergebnis dazu, dass sich die Eigenkapitalsituation der Gesellschaft erneut verbessert hat.

Das wesentliche Risiko sieht die Geschäftsführung darin, dass gerade die Gründungsunternehmen im Haus durch unterschiedlichste Einflüsse noch keine wirtschaftliche Stabilität haben und somit immer ein latentes Ausfallrisiko besteht. Um diesen Unternehmen zusätzlichen finanziellen Spielraum zu geben, gewährt die Gesellschaft den Unternehmen in Absprache mit den Gesellschaftern einen geduldeten Mietrückstand in Höhe von bis zu sechs Monatsmieten, welcher zu marktüblichen Konditionen verzinst wird. Das Ausscheiden eines solchen Unternehmens, gerade im Laborbereich, wäre mit einem direkten finanziellen Verlust und zusätzlich mit zukünftigen Mietausfällen sowohl in der Vermietung von Räumlichkeiten als auch von Spezialgerätschaften verbunden.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Leistungen der Beteiligung

Die Bio-Security Immobiliengesellschaft verfügt über folgende Flächen:

Flächenart	Gesamtfläche	Durchschnittl. Auslastung	
		31.12.2010	31.12.2011
Büroräume	5.000 m ²		
Labore der Sicherheitsklassen S1 und S2 (technisch/biologisch/chemisch)	4.000 m ²	Insgesamt 75 %	Insgesamt 94 %
Versuchs- und Werkstattflächen	1.000 m ²		
Schulungszentrum	450 m ²		

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat die Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH als 100prozentige Tochtergesellschaft gegründet. Der Eigenanteil der Gemeinde Bönen für dieses Projekt in Höhe von 4 Mio. € sollte in 10 gleichen Jahresraten von 2004 bis 2013 entrichtet werden. Bis zum 31.12.2011 wurden einschließlich des Stammkapitals von 100.000,00 € insgesamt 3.600.000,00 € geleistet. Infolge des Ingangsetzungsaufwandes war zur Vermeidung des Tatbestandes der Überschuldung der Gesellschaft im Jahr 2007 eine Aufstockung des Eigenkapitals in Höhe von 800.000,00 € erforderlich. Dadurch entfällt die Zahlung der letzten Rate im Jahr 2013.

Bedingt durch die wirtschaftliche Situation in den ersten Jahren bis zum Jahr 2010 sind die bisherigen Zahlungen von insgesamt 3.200.000,00 € bis auf 1 € wertberichtigt worden. Dadurch sind in der Ergebnisrechnung der Gemeinde Bönen bisher Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Finanzanlagen in Höhe von 3.199.999,00 € entstanden. Letztmalig erfolgte eine Wertberichtigung in Höhe von 400.000,00 € im Jahr 2010. Aufgrund der positiven Jahresergebnisse für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 wird seit dem Haushaltsjahr 2011 auf eine Wertberichtigung verzichtet. Der Buchwert der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH beträgt in der Bilanz der Gemeinde Bönen zum 31.12.2011 400.001,00 €.

Im Jahresabschluss 2009 sind die, für die Jahre 2005 bis 2008, gebildeten Rückstellungen für mögliche Abdeckungen von Jahresfehlbeträgen (jeweils 250 T€) durch die Gemeinde Bönen aufgelöst worden.

Ferner bestehen Bürgschaftsvereinbarungen zu Gunsten der Bio-Security Immobiliengesellschaft mbH. Daraus resultieren mit Stichtag 31.12.2011 Restbürgschaften in Höhe von 6.204.777,00 €. An Provisionen für verbürgte Darlehen wurden 31.023,88 € vereinnahmt.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:

Alleiniger Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2011 Herr Dipl. Volkswirt Dr. Michael Dannebom. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Prokura:

Gesamtprokurist war im Geschäftsjahr 2011 Herr Diplom-Kaufmann Dr. Christian Rose.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Mitglieder

Herbst, Klaus	SPD
Köster, Thomas	SPD
Kolar, Jürgen	SPD
Plicht, Michael	SPD
Lutz-Kunz, Sabine	SPD
Hübner, Manfred	CDU
Pohlmann, Ulrich	CDU
Rütten, Heike	GRÜNE
Albert, Dieter	BgB
Dammrose, Ralf	FDP
Eßkuchen, Rainer	BM

Stand: 31.12.2011

Stellvertreter

Holtmann, Antje	SPD
Heinze, Klaus-Werner	SPD
Solny, Roswitha	SPD
Kerl, Hans-Werner	SPD
Rehmet, Sophie	SPD
Flucks, Peter	CDU
Leyer, Thorsten	CDU
Lange, Friedhelm	GRÜNE
König, Klaus	BgB
Eggers, Maren	FDP
Carbow, Dirk	Verwaltung

Personalbestand

Die Bio-Security Immobiliengesellschaft hatte zum 31.12.2011 folgenden Beschäftigungsstand:

Minijobs: 3

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Unternehmenssitz

Logistikzentrum RuhrOst GmbH
Heinrich-Hertz-Str. 2
59423 Unna

Telefon: 02303 – 20 01-0
Telefax: 02303 – 20 01-22
E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrrost.de
Internet: www.logistikzentrum-ruhrrost.de

Gründung

Die Gründung der Logistikzentrum RuhrOst GmbH erfolgte mit Eintragung in das Handelsregister am 19.11.2004 unter HR B 5236 beim Amtsgericht Hamm. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 07.08.2006.

Stammkapital

100.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Die Logistikzentrum RuhrOst GmbH verfolgt das Ziel, in der Stadt Unna und der Gemeinde Bönen Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen Anlagevermögen zu errichten, zu unterhalten und zu verpachten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die Gesellschaft ist nach den Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen gemäß § 109 GO NRW zu führen, so dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, durch die Errichtung und Unterhaltung von Umschlagterminals und Gleisanlagen in der Gemeinde Bönen einen wesentlichen Faktor zur Entwicklung der Gewerbegebiete und damit zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu liefern.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Gemeinde Bönen	50.000,00 €	50,00
Verkehrsbetriebe Stadt Unna GmbH	50.000,00 €	50,00
Gesamt:	<u>100.000,00 €</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsergebnisse

Bilanz			
	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.645,00	2.185,00	1.725,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.807.036,01	1.735.904,55	2.438.235,06
2. Technische Anlagen und Maschinen	919.572,53	858.505,33	797.438,13
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.564,76	1.143,24	3.262,18
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	12.550,00	12.550,00	12.550,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	56.235,25	33.736,48	21.144,36
2. Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein	48.214,09	176.773,29	107.163,77
3. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	75.174,26	35.607,54	23.560,11
II. Guthaben bei Kreditinstituten	49.316,58	62.857,72	89.101,61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.200,00	2.752,00	0,00
Summe Aktiva	2.978.508,48	2.922.015,15	3.494.180,22
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	50.000,00	50.000,00	50.000,00
III. Gewinnrücklagen	97.391,10	19.026,28	0,00
IV. Gewinn-/Verlustvortrag			
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-78.364,82	-22.746,30	99.337,12
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	66.062,50	10.000,00	8.500,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.679.976,41	2.638.758,79	3.122.494,08
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	30.556,09	90.722,80	101.119,32
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	29,63	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	32.887,20	36.223,95	12.729,70
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
Summe Passiva	2.978.508,48	2.922.015,15	3.494.180,22

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	409.733,69	567.136,63	665.190,27
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	156.332,03	11.290,12	60.473,34
4. Materialaufwand			
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.911,94	1.385,84	1.504,62
b) Aufw. für bezogene Leistungen	216.282,68	187.888,16	225.484,50
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	133.080,06	133.080,18	145.862,40
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	203.343,85	163.254,34	156.209,18
7. Betriebsergebnis	11.447,19	92.818,23	196.602,91
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	47.690,00
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.434,62	3.079,12	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	100.446,45	114.337,28	138.431,85
11. Finanzergebnis	-94.011,83	-111.258,16	-138.431,85
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-82.564,64	-18.439,93	105.861,06
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.294,14	0,00	226,82
14. Sonstige Steuern	4.094,32	4.306,37	6.297,12
15. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-78.364,82	-22.746,30	99.337,12

Auszüge aus dem Lagebericht

Finanzierung

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Investitionen in Höhe von knapp 789 T€ getätigt. Mit der Investition in 2011 wurde eine mögliche Ausbauaktivität des KV-Terminal Unna gesichert. Der Ankauf der Immobilie und Grundstück wurde über einen langfristigen Kredit finanziert.

Zur Finanzierung der Baumaßnahmen der Vorjahre wurde teilweise auf die Fördermittel des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) zurückgegriffen, die bis zu 85 % des Investitionsvolumens ausmachten. Die Restfinanzierung in Höhe von 15 % sowie die Finanzierung der nicht förderfähigen Ausgaben und Investitionen wurde über entsprechende in den Vorjahren aufgenommene Fremdkapitaldarlehen getragen. Nach wie vor verhandelt die Geschäftsführung noch mit dem Eisenbahnbundesamt um die Anerkennung einer Förderung der bis dato nicht genehmigten Investitionen. Der Schlussverwendungsnachweis des Förderprojektes konnte in 2009 zum Abschluss gebracht werden.

Operative Aktivitäten

Das operative Geschäft der LZR verlief für den Standort Bönen im Jahr 2011 erheblich besser als im Wirtschaftsplan erwartet. Das Ergebnis in Unna hingegen war schlechter als geplant. Zusammenfassend war das gemeinsame operative Geschäft allerdings sehr erfreulich. Rückblickend zeigte sich aber auch die Krisenanfälligkeit des Geschäftsmodells in den Jahren 2008-2010. Beide Gesellschaften, die LZR Betreibergesellschaft mbH als Pächter und unsere Gesellschaft als Verpächter, werden auch in Zukunft nicht nachlassen, weiterhin mögliches Umschlagpotential an die Terminals zu binden. Um den KV Terminalverbund Unna-Bönen weiter zu entwickeln und für die umliegenden Nutzer attraktiver zu gestalten, hat die LZR Besitzgesellschaft einer Gesellschaftsbeteiligung durch die Alcotrans an der LZR Betreibergesellschaft zugestimmt. Die Alcotrans ist ein Transportlogistikunternehmen mit internationalem Fokus. Damit verfügt der Terminalverbund über die Anbindung sämtlicher Nordseehäfen (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Bremerhaven, Hamburg). Die Geschäftsführung erwartet aus der Beteiligung der Alcotrans eine Stabilisierung und Steigerung der Umschlagstätigkeit.

Die Umsätze aus dem Terminalumschlag erhöhten sich im Jahr 2011 für das Terminal in Bönen um 33,0 T€ auf 383,8 T€. Für das Terminal in Unna betrugen die Umsätze lediglich 29,9 T€ (Vorjahr: 36,3 T€). Aus dem Gleisverkehr wurden 2011 insgesamt 190,0 T€ (Vorjahr: 180,0 T€) erwirtschaftet. Die Gleisbenutzungsgebühren konnten sowohl in Unna als auch in Bönen weiter gesteigert werden. In Bönen betrugen die erhobenen Entgelte 117,9 T€ (Vorjahr: 113,5 T€) und in Unna lagen die Entgelte bei 72,1 T€ (Vorjahr: 66,4 T€). Die Steigerung in Unna resultiert aus der Aktivierung eines Gleisanschlusses eines Anschlussnehmers im Indu-Park Süd. Durch die erstmalig in 2011 erzielten Mieteinnahmen (Otto-Hahn-Str. 22) stiegen die Gesamtumsätze somit auf 665,2 T€ (Vorjahr: 567,1 T€). Der Geschäftsführung ist es gelungen, die Immobilie mittelfristig für einen Zeitraum von 3 Jahren fest zu vermieten, so dass durch die Mieteinnahmen die Finanzierung gesichert ist.

Die erfolgreiche Aufstellung und Inbetriebnahme des zweiten Kranes in Bönen hat für die Umschlagpraxis und die Entwicklung am Standort Bönen für die nächsten Jahre eine positive Basis gelegt, da Ausfälle und Reparaturen nicht mehr zu einem Stillstand führen. Die Geschäftsführung wird auch in der Zukunft versuchen, die Rahmenbedingungen der Terminals so zu gestalten, dass weitere Entwicklungen möglich sind. Dies wird zukünftig zusätzliche Investitionen an beiden Standorten nach sich ziehen, deren Umsetzung mit dem vorausschauenden Weitblick auf den Logistikmarkt, der Leistungsfähigkeit der LZR und den Ertragspotenzialen getätigt wird.

Vermögenslage

Im Anlagevermögen sind vor die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücken, Gebäuden und technische Anlagen enthalten (3.238,9 T€). Durch Investitionen in Höhe von 789 T€ (abzüglich der Abschreibungen im Jahr 2011) hat sich der Wert des Sachanlagevermögens um 643,4 T€ erhöht.

Im Jahr 2006 wurde die LZR Betreibergesellschaft mbH gegründet. An dieser Gesellschaft ist die LZR mit 25,1 % (12,5 T€) beteiligt. Es handelt sich um die einzige Beteiligung in Finanzanlagevermögen.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 68,0 T€ auf 241,0 T€ verringert. Die Summe der Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr (2.765,7 T€) um 470,6 T€ auf 3.236,3 T€ gestiegen. Dies liegt im Wesentlichen an der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten. Der bestehende Kontokorrentkredit bei der Sparkasse Bergkamen – Bönen wurde in ein festes Darlehn in Höhe von 1.000 T€ umgewandelt. Hier wurden im Laufe des abgelaufenen Geschäftsjahres 50,0 T€ getilgt. Bei der Sparkasse Unna wurde ein Darlehn in Höhe von 750,0 T€ zur Finanzierung des Erwerbs der Immobilie „Otto-Hahn-Str. 22“ aufgenommen.

Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 7,1 % (Vorjahr: 5,0 %) gestiegen und hat sich auf Grund des Jahresergebnisses 2011 positiv entwickelt. Die Fremdkapitalquote beträgt 92,9 % (Vorjahr: 95,0 %). Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch regelmäßigen Liquiditätszufluss (Umsatzerlöse) gesichert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Stadt Unna sowie der Grundschuld gesichert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von 99,3 T€. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr (-22,7 T€). Die Entwicklung der Jahresergebnisse zeigt die Krisenanfälligkeit des Geschäftsmodells der LZR.

Zum einen liegt das gute Ergebnis daran, dass die in 2010 eingebuchte, jedoch strittige Rechnung der DB Netz AG erfolgswirksam aufgelöst wurde (57,5 T€) und zum anderen wurden erstmalige Beteiligungserträge der Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft mbH in Höhe von 47,7 T€ realisiert.

Der Weiteren wurden erstmalig im Jahr 2011 Mieteinnahmen für das Objekt Otto-Hahn-Str. 22 (61,5 T€) erzielt.

Bei den Umsatzerlösen handelt es sich im Wesentlichen um Erlöse aus der Verpachtung der KV-Terminals in Unna und Bönen. Zusätzlich wurden Erlöse aus Gleisnutzungsgebühren und auf Grund der Vermietung der Immobilie Otto-Hahn-Str. 22 erzielt. Bei den Materialaufwendungen handelt es sich überwiegend um Aufwendungen für die Instandhaltung der beiden Terminals und der Gleisanlagen einschließlich einer Schrankenanlage.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die Kosten der Betriebsführung und der Rufbereitschaft, Mietaufwendungen für die Gleise in Bönen sowie Kosten durch Grundbesitzaufgaben. Sie betrugen im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 156,3 T€ (im Vorjahr 163,2 T€). Zudem wurde eine Einzelwertberichtigung auf die Forderungen aus Gleisnutzung gegenüber der HWB Verkehrsgesellschaft mbH vorgenommen.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Logistikzentrum RuhrOst GmbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, die Unterhaltung und die Verpachtung der Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Zukunftsaussichten

Das operative Ergebnis der LZR GmbH im Geschäftsjahr 2011 zeigt, dass sich die Weltwirtschaft weiter erholt und sich dies auch auf den Containerumschlag ausgewirkt hat. Allerdings müssen vor allem für das KV Terminal in Unna weitere erhebliche Akquisitionsanstrengungen unternommen werden, um die dort weiterhin rückläufigen Umsatzerlöse zu steigern.

Im Wirtschaftsplan 2012 wurde das CO₂ Projekt GreenLogNet mit einer 50 %igen Förderung für 2012 – 2014 eingeplant. Im Wesentlichen geht es um die Integration des Carbon Footprint-Ansatzes in dem Containerumschlag. Allerdings ist dieses Projekt wegen der weiterhin unsicheren Haushaltslage des Landes NRW noch immer nicht bewilligt. Die Investitionen werden in den Folgejahren auf einem niedrigen Niveau gehalten, um den gegenwärtigen Stand zu konsolidieren.

Trotz einer vorläufigen Absage vom Eisenbahn-Bundesamt hinsichtlich einer nachträglichen Förderung der Erweiterungsmaßnahme im KV Terminal Bönen (2. Kran) ist die Geschäftsführung weiterhin im Dialog mit dem Eisenbahn-Bundesamt, um doch noch eine Teilförderung dieser Maßnahme zu erzielen. Sofern das Eisenbahn-Bundesamt doch noch einer Förderung zustimmt, könnte dadurch ein positiver Ergebniseffekt erzielt werden, der sich über einen Rückgang der Abschreibungen langfristig bemerkbar macht.

Risikobericht

Die Zukunftsaussichten lassen erwarten, dass auch der Geschäftsabschluss 2012 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden kann.

Am volatilen Markt von Containerumschlagdienstleistungen sind unvorhergesehene Effekte nie auszuschließen. Insofern bleibt ein Risiko auch für die nächsten Geschäftsjahre bestehen. Es gilt zu hoffen, dass die Chancen, die in den positiven Entwicklungen des Containerverkehrs mit seinen Wachstumsraten von 20 % per anno zu beobachten waren, auch zukünftig wieder eintreten und für den Standort Kreis Unna genutzt werden können.

Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung in Grenzen gehalten werden können.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Leistungen der Beteiligung

<u>Terminal Bönen</u>	4 Ladegleise (Nutzungslänge 1.750 m) 2 Portalkrananlagen (Hubkraft 37 to.)
<u>Terminal Unna</u>	3 Ladegleise (Nutzungslänge 870 m) 1 Portalkrananlage (Hubkraft 37 to.)

Umsatzerlöse	2010	2011
Gleisverkehr Unna	66 T€	72 T€
Gleisverkehr Bönen	114 T€	118 T€
Pachterlöse Terminal Unna	36 T€	30 T€
Pachterlöse Terminal Bönen	350 T€	384 T€
Mieteinnahmen (Otto-Hahn-Str. 22)	<u>0 T€</u>	<u>61 T€</u>
	567 T€	665 T€

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat für die Logistikzentrum RuhrOst GmbH seit deren Gründung mehrere Bürgschaften übernommen. Es bestehen zum 31.12.2011 Restbürgschaftsbeträge i. H. v. insgesamt 5.373.994,34 €. An Provisionen für verbürgte Darlehen wurden 29.556,97 € vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2010 hat die Gemeinde Bönen eine Verlustübernahme in Höhe von 1.860,01 € entrichtet. Für das Geschäftsjahr 2011 ist hingegen keine Verlustübernahme zu tragen.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:

Jürgen Bockermann	Diplomingenieur
Dr. Michael Danneborn	Diplomvolkswirt

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Mitglieder		Stellvertreter	
Herbst, Klaus	SPD	Heinze, Klaus-Werner	SPD
Hübner, Manfred	CDU	Pilz, Detlef	CDU
Eßkuchen, Rainer	Bürgermeister	Carbow, Dirk	Verwaltung

Personelle Ausstattung

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2011 mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die Einstellung weiterer Mitarbeiter ist auch in 2011 nicht umgesetzt worden. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über entsprechende Dienstleistungsverträge geregelt.



GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH - Kamen, Bönen, Bergkamen

Unternehmenssitz

GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH
Kamen, Bönen, Bergkamen
Poststr. 4
59174 Kamen

Telefon: 02307 - 978 - 280
Telefax: 02307 - 978 - 333
E-Mail: info@gsw-kamen.de
Internet: www.gsw-kamen.de

Gründung

Die Gründung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen erfolgte am 01.01.1995, die Eintragung in das Handelsregister am 11.04.1995.

Stammkapital

15.000.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Städte Kamen, Bergkamen und der Gemeinde Bönen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen. Das Dienstleistungs- und Serviceangebot der GSW wurde im Jahre 1999 um das Segment Telekommunikation erweitert. Der Gesellschaft können weitere Aufgaben übertragen werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch das am Gesellschaftszweck orientierte Handeln der Beteiligung – die Versorgung der Menschen in ihrem Einzugsgebiet mit Strom, Gas, Wasser sowie Wärme – ist der öffentliche Zweck erfüllt.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Stadt Kamen	6.300.000	42,00
Gemeinde Bönen	2.400.000	16,00
Stadt Bergkamen	<u>6.300.000</u>	<u>42,00</u>
Gesamt	15.000.000	100,00

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2009</u> €	<u>31.12.2010</u> €	<u>31.12.2011</u> €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen und ähnliche Rechte	1.393.995,49	1.353.534,85	1.291.139,20
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	15.390.241,83	19.423.442,65	19.764.114,10
2. Bezugsanlagen	4.761.150,11	4.215.412,65	4.687.042,34
3. Verteilungsanlagen und techn. Einrichtungen	55.349.649,15	54.589.942,84	51.577.000,13
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.590.182,09	6.899.751,29	7.974.857,57
5. Anlagen im Bau	9.726.297,40	3.112.110,36	4.438.678,86
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	950.829,51	250.000,00	250.000,00
2. Beteiligungen	7.734.328,59	13.542.191,79	12.192.088,79
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.333.638,92	6.055.419,73	5.765.865,45
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	6.000.000,00	6.000.000,00
5. Sonstige Ausleihungen	439.919,66	407.436,83	378.022,55
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.391.200,72	1.242.872,25	1.139.138,41
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.988.150,83	18.198.730,41	16.385.533,22
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.876.207,13	245.691,79	542.736,40
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.401.752,92	993.315,82	2.653.886,19
4. Sonstige Vermögensgegenstände	456.534,26	105.861,46	1.268.329,58
III. Wertpapiere			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	26.037.424,05	19.231.631,51	11.813.945,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten	191.273,13	182.231,61	128.296,53
D. Unterschiedsbetrag Vermögensverrechnung	0,00	94.696,00	111.601,00
Summe Aktiva	152.012.775,79	156.144.273,84	148.362.276,09

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	15.000.000,00	15.000.000,00	15.000.000,00
II. Kapitalrücklage	15.582.747,39	17.201.918,39	17.811.918,39
III. Gewinnrücklagen	6.635.580,07	7.208.807,47	7.631.864,69
IV. Bilanzgewinn	1.187.700,00	1.430.000,00	1.471.000,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	952.764,13	0,00	0,00
C. Sonderposten wegen Investitions-	0,00	0,00	0,00
zuschüssen zum Anlagevermögen			
D. Baukosten und Ertragszuschüsse	17.791.132,30	16.323.424,16	14.872.940,51
E. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	6.153.757,00	7.903.743,00	7.670.285,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	1.112.976,29	254.272,37
3. Sonstige Rückstellungen	6.768.839,61	7.461.586,33	7.364.406,28
F. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	73.995.189,37	71.419.648,55	65.203.204,20
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.339.737,91	3.419.630,46	3.042.300,71
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	302.233,40	39.724,32
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.545,52	223.273,17	223.480,51
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	364.623,84	1.571.303,51	561.706,31
6. Sonstige Verbindlichkeiten	5.213.558,65	5.565.729,11	7.215.172,80
G. Rechnungsabgrenzungsposten	23.600,00	0,00	0,00
Summe Passiva	152.012.775,79	156.144.273,84	148.362.276,09

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u> €	<u>2010</u> €	<u>2011</u> €
1. Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern)	132.974.608,07	129.312.826,95	129.284.825,99
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	412.629,05	329.042,84	410.258,64
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.256.337,01	7.410.132,32	3.783.287,75
4. Materialaufwand			
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	97.711.667,85	88.460.766,99	85.427.204,38
b) Aufw. für bezogene Leistungen	2.147.220,98	4.686.056,55	9.919.296,31
5. Personalaufwand	10.091.223,07	10.334.919,65	10.513.291,91
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.640.135,25	9.658.920,02	8.770.830,95
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.820.254,86	14.214.020,16	12.822.403,93
8. Erträge aus Beteiligungen	373.353,25	628.684,19	368.016,61
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	509.648,13	641.029,44	823.857,64
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	515.000,00	47.372,52	0,00
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	920.000,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.727.939,08	4.323.347,41	4.107.009,38
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.873.134,42	5.676.312,44	3.110.209,77
14. Außerordentliche Erträge	0,00	265.180,21	0,00
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.613.314,00	0,00
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	523.897,00	2.690.085,04	1.034.606,00
17. Sonstige Steuern	26.314,31	98.646,21	181.546,55
18. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.375.551,73	1.539.447,40	1.894.057,22
19. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	1.187.851,73	109.447,40	423.057,22
20. Bilanzgewinn	1.187.700,00	1.430.000,00	1.471.000,00

Auszüge aus dem Lagebericht

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die allgemeine wirtschaftliche Lage im Jahr 2011 lässt sich wie folgt charakterisieren:

Während innerhalb der Europäischen Union das Wirtschaftswachstum wegen der sich ausweitenden Staatsschuldenkrise im Euro-Raum nahezu stagnierte, stieg das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nochmals deutlich um 3 % an.

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklung hat sich in der Vergangenheit traditionell nicht tiefgreifend auf die Geschäftsentwicklung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen (GSW) ausgewirkt. Viel gewichtiger dürfte ein anderer Sachverhalt sein: Die GSW befinden sich in einem komplexen Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Kunden und dem Wettbewerb. Beide Seiten dieses Spannungsfeldes haben unmittelbare Folgen auf die Geschäftsentwicklung. So überprüfen viele Kunden – sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus ökologischen Gründen – kritisch ihren Energieverbrauch und reduzieren diesen. Dies wirkt sich auf die Absatzmenge aus. Darüber hinaus spüren die GSW insbesondere im gewerblichen Bereich den gestiegenen Wettbewerb. So wählen mittlerweile viele Unternehmen ihren Energielieferanten per Ausschreibung aus, wodurch die Fluktuation bei den GSW-Kunden zugenommen hat.

Trotz dieser Rahmenbedingungen, die durch die häufigen regulatorischen Eingriffe des Gesetzgebers weiter erschwert werden, konnten die GSW ihre Marktposition erfolgreich behaupten. So befindet sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf dem Niveau der Vorjahre.

Regulierung und Netze

Viele Neuerungen des Gesetzgebers haben konkrete Auswirkungen auf die Arbeit vor Ort. Am deutlichsten wird dies beim Energiewirtschaftsgesetz. Dieses verpflichtet die Energieversorger, die Bereiche Netz und Vertrieb zu trennen. Um die Vorgaben der Bundesnetzagentur zu erfüllen, führten die GSW mit dem sogenannten 2-Mandanten-Modell eine vollständige Trennung von Netz und Vertrieb auch in der elektronischen Informationsverarbeitung ein. Die beiden Bereiche sind organisatorisch wie auch EDV-technisch getrennt.

Wie häufig sich die Energiebranche mit neuen rechtlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen musste, verdeutlicht folgender Zusammenhang: Am 28. Juni 2011 hat der Bundesgerichtshof unter anderem die Berücksichtigung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors in der Ausgestaltung des Verordnungsgebers für unzulässig erklärt, wodurch die stufenweise Reduzierung der Netzentgelte für die Netzbetreiber entfällt. Noch im Dezember hat die Bundesregierung auf die Entscheidung reagiert und Bundestag sowie Bundesrat erneute Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz und in der Anreizregulierungsverordnung vorgelegt. Ebenfalls Mitte Dezember stellte die Bundesnetzagentur die Energiebranche mit ihrer kurzfristigen Festlegung zum neuen Ausgleichsmechanismus nach § 19 Stromnetzentgeltverordnung vor große Herausforderungen. Infolge dessen mussten die GSW daher ebenso kurzfristig Anpassungen ihrer Netzentgelte vornehmen.

Neben den zahlreichen Gesetzes- und Verordnungsänderungen, die die Energieversorger betrafen, mussten diese zudem bis zum 30. Juni 2011 die Kostenanträge für das Gasnetz einreichen. Dieser Antrag bildet die Basis für das Verfahren zur Erlösobergrenzenfestsetzung für die zweite Regulierungsperiode Gas ab 2013. Für die Festlegung der Kostenanträge Stromnetze, die in 2012 für die nächste Regulierungsperiode abgegeben werden müssen, ist 2011 ein sogenanntes „Fotojahr“ (Basisjahr).

Beteiligungen und Konzessionen

Um aus dem Atomstrom auszusteigen, hat die GSW ihre Anstrengungen im Bereich der Eigenerzeugung von Strom verstärkt. Ziel ist es, eine größere Unabhängigkeit von den großen Stromproduzenten und den Preisschwankungen am Energiemarkt zu erreichen. Hierbei setzt das Unternehmen ganz auf die Kraft der Natur: Im September 2011 haben die GSW zwei Windparkanlagen in Süddeutschland mit einem Investitionsvolumen von rd. 19 Mio. € erworben. Ein Windpark liegt nordöstlich der Stadt Würzburg in einem Windvorranggebiet der bayrischen Gemeinde Bergtheim; hier entstehen drei Windenergieanlagen des Typs Enercon E 82 mit jeweils 2 MW Leistung. Der andere Windpark liegt südwestlich der Stadt Würzburg in der baden-württembergischen Gemeinde Hardheim; dort werden zwei Windenergieanlagen des Typs Enercon E 82 mit jeweils 2,3 MW Leistung errichtet. Der Baubeginn erfolgte im Oktober 2011. Die Windenergieanlagen in Hardheim sind bereits im Juli 2012 in Betrieb genommen worden, die Windenergieanlagen Bergtheim sollen im September 2012 ans Netz gehen.

Zudem sind die GSW mit 33 weiteren Stadtwerken und Regionalversorgern aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz an dem Offshore-Windparkprojekt der Trianel GmbH „Borkum West“ beteiligt. Ursprünglich sollte das Projekt mit 40 Windkraftanlagen mit einer Leistung von je 5 MW noch in 2012 in Betrieb gehen. Durch Verzögerungen im Netzausbau und Mehrkosten in der Errichtungsphase, insbesondere im Stahlbau der Tripods und des Umspannwerkes, wird eine Inbetriebnahme nicht vor Ende 2013 erwartet. Ziel des Projektes ist es, künftig rd. 200.000 Haushalte mit umweltfreundlichem Strom zu versorgen.

Geändert hat sich im Berichtsjahr die Beteiligung an der Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH (SEV) – und zwar durch die Aufnahme weiterer Gesellschafter. Die GSW halten nunmehr einen Anteil von 15 % (48 T€). Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, in dem Projekt „Kleiner Racker“ einen externen, ausschließlich über das Internet basierten Vertrieb von Strom und Gas für Privatkunden durchzuführen – mit dem Ziel, durch die überregionale Vertriebsstrategie weitere Wachstumspotenziale zu erschließen. Zum Jahreswechsel versorgte die SEV bereits rd. 28.000 Kunden mit Strom und Erdgas.

Ein weiterer Meilenstein in der Geschäftsentwicklung ist die Aufnahme der Wasserversorgung für die Kamener Ortsteile, der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen. Mit Auslaufen der Konzessionsverträge in 2008/2010 wurden die Konzessionen mit Wirkung zum 01.01.2009/01.01.2011 auf die GSW übertragen. Nach Aufnahme des operativen Geschäftes zum 01. Oktober 2010 markiert das Jahr 2011 nun das erste „volle“ Geschäftsjahr im Endkundengeschäft des gesamten Versorgungsgebietes.

Strom- und Erdgasbeschaffung

Der Strom- und Gasmarkt wurde im Jahr 2011 durch zwei weitreichende Ereignisse geprägt – zum einen durch die Atomkatastrophe in Fukushima im März des Jahres und das daraus resultierende Atommoratorium in Deutschland, zum anderen durch die anhaltende Euro-Schuldenkrise.

Die Notierungen an den Gasbörsen zeigten sich in 2011 sehr volatil. Der Erdgasmarkt hat sich im Vergleich zum Ölmarkt im warmen vierten Winterquartal 2011 weiter von den Ölhandelsplätzen abgekoppelt. Die Spotmarktpreise von Erdöl, Kohle, Erdgas und Strom notierten 2011 zeitweise deutlich über dem Niveau von 2010. Im Jahresverlauf sanken die Preise aufgrund der internationalen Konjunkturabschwächung, bewegten sich aber immer noch über den Vorjahreswerten. Der Terminmarkt für Lieferungen im Jahr 2012 entwickelte sich ähnlich.

Ertragslage

Der Wettbewerb auf dem Energiemarkt wächst ständig. So haben Verbraucher heute die Möglichkeit, ihren Energielieferanten unter vielen Anbietern zu wählen.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnten die GSW ihre Marktposition erfolgreich behaupten und darüber hinaus Abnehmer im externen Kundengebiet hinzugewinnen.

Die Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern) haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Sie liegen nach wie vor bei 129,3 Mio. €. Dass die Umsatzerlöse trotz des Rückgangs in der Strom-, Erdgas- und Wärmeversorgung unverändert geblieben sind, liegt zum Großteil an der Wasserversorgung, die nach Übernahme der Konzessionen zum ersten Mal das gesamte Jahr über von den GSW im gesamten Versorgungsgebiet durchgeführt wurde. Nach Abzug des Materialaufwands, der übrigen Geschäfts- und Finanzaufwendungen sowie der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 1,9 Mio. € (i. Vj. 1,5 Mio. €). Von dem Jahresüberschuss sind 0,4 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt worden; 1,5 Mio. € sind für eine Ausschüttung an die Gesellschafter vorgesehen.

Der wesentliche Teil der Unternehmenstätigkeit entfällt auf den Energiebereich.

In der Stromversorgung ist ein Absatzrückgang in Höhe von 6,9 % zu verzeichnen, der im Wesentlichen witterungsbedingt ist. Bei den Umsatzerlösen liegen die Rückgänge mit 8,65 % etwas höher als bei der Abgabemenge. Dies ist hauptsächlich durch den Rückgang der EEG-Vergütung zu begründen, da immer mehr Anlagenbetreiber den erzeugten Strom direkt vermarkten.

In der Erdgasversorgung ist die Abgabemenge ebenfalls witterungsbedingt um 22,4 % gesunken. Die Gradtagszahlen verringerten sich 2011 um 21,4 % gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund von Preisanpassungen zum 01.03.2011 und zum 01.10.2011 sanken die Umsatzerlöse hingegen nur um 10,0 %. Mit der Preisanpassung zum 01.10.2011 führten die GSW zudem das neue Produkt „Erdgasfix“ ein. Dieses bietet den Kunden eine Preisgarantie von 15 Monaten.

Ein ganz anderer Trend zeigt sich in der Geschäftssparte Wasser. Durch die bereits genannte erstmalig ganzjährige Trinkwasserversorgung im gesamten Versorgungsgebiet ist die Trinkwassermenge, die an Endkunden abgegeben wurde, um 153,3 % gestiegen. Entsprechend stieg auch der Umsatz; ganz genau um 155,1 %. Der Wasserpreis blieb unverändert.

Im Bereich der Wärmeversorgung sank die Absatzmenge witterungsbedingt um 13,3 %. Aufgrund von zwei Preisanpassungen schlug sich dieser Effekt nicht in vollem Umfang auf die Umsatzerlöse nieder; diese sanken im Berichtsjahr um 12,2 %.

Auch auf die Besucherzahl in den Einrichtungen der GSW hatte die Witterung – insbesondere durch den schlechten Sommer – ihren Einfluss: Sie verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 14,5 % auf rd. 374.000 Besucher. Die Erlöse decken 25 % des Betriebsaufwands; der Betriebsverlust belastet das Unternehmensergebnis. Darüber hinaus leiteten die GSW im Konsens mit dem Rat der Stadt Kamen die dauerhafte Schließung des Freibads in Kamen-Heeren ein. Der schlechte Kostendeckungsgrad, die geringen Besucherzahlen und der notwendige Neubau eines Umkleidegebäudes mit Investitionskosten in Höhe von 700 T€ waren die Hauptgründe für die Schließung. Durch das gute Angebot von vielen weiteren Freibädern in der Region war die Schließung der vernünftige Schritt.

Positiv ist die Entwicklung bei der HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG. Der Telekommunikationsdienstleister, zu dessen Gesellschaftern die GSW gehört, weist für das Geschäftsjahr 2011 ein positives Ergebnis von 185 T€ aus. Dieses Ergebnis hat die Wirksamkeit der kurzfristigen Maßnahmen, die mit dem Restrukturierungsprozess einhergehen, bestätigt. Der Turnaround, der mit diesem Ergebnis erzielt wurde, hat nun die Basis geschaffen, die weiteren geplanten Maßnahmen des Geschäftskonzeptes umzusetzen.

Vermögenslage

Die Investitionen in 2011 betreffen im Wesentlichen den Bau der insgesamt 5 Windenergieanlagen in Hardheim bzw. Bergtheim, die Übernahme des Stützheizwerks in Bergkamen sowie die Verdichtung und Erneuerung der Versorgungsnetze.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme auf 148,4 Mio. € (i. Vj. 156,1 Mio. €) verringert. Den Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen von 8,77 Mio. € stehen Investitionen von insgesamt 8,75 Mio. € gegenüber.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 28,3 % (i. Vj. 26,2 %) der Bilanzsumme, sie deckt das Anlagevermögen unverändert zu 36,7 %. Das Anlagevermögen ist in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristiges Kapital finanziert. Der Cashflow als wichtige Finanzierungsquelle des Unternehmens beträgt 7,8 Mio. € (i. Vj. 9,8 Mio. €).

Finanzlage

Der im Geschäftsjahr 2011 erzielte Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 5,7 Mio. €. Er liegt 5,6 Mio. € unter dem Vorjahreswert in Höhe von 11,3 Mio. €.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von 6,4 Mio. € verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Mio. €. Dies ist vor allem auf die Abnahme der Investitionen zurückzuführen.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 6,7 Mio. € steigt um 4,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1,8 Mio. €

Insgesamt liegt der Mittelabfluss mit 7,4 Mio. € über dem Vorjahreswert von 6,8 Mio. €.

Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsfelder und Beteiligungen der GSW gehören die Risiken, wie Vertriebs-, Beschaffungs-, Finanz-, Betriebs-, Regulierungs- und Vertragsrisiken, zum Tagesgeschäft.

Mit Zunahme der Wettbewerbsintensität ergeben sich potenzielle Absatzrisiken im Strom- und Gasgeschäft. Ein weiteres Risiko stellt der Beschaffungsmarkt mit seinen Preisschwankungen dar. Bedingt durch den stärkeren Wettbewerb sind die Marktrisiken und die strategischen Risiken nicht unbedeutend. Durch das Risikomanagement-System und ein gezieltes Berichtswesen gewährleisten die GSW ein frühzeitiges Erkennen, Analysieren und Gegensteuern.

Durch den Ausbau des Produktportfolios im Vertriebsbereich wird das Risiko von Kundenverlusten an Wettbewerber minimiert. Darüber hinaus hat das Unternehmen zur Begrenzung des Beschaffungsrisikos Energietranchen bis 2015 fest vereinbart. Mit der Beteiligung an dem Gas- und Dampfkraftwerk der Trianel in Hamm-Uentrop, und dem Windpark Borkum wurden zudem zusätzliche Ausgleichspotenziale zur künftigen Energiebeschaffung gewonnen.

Im Jahr 2012 haben die GSW einen flexiblen und nicht ölpreisgebunden Gasbezugsvertrag geschlossen.

Verstärkt hat sich zweifellos das Risiko einer geringeren Energienachfrage der Kunden. Der Grund liegt in der schwankenden Wirtschaftsentwicklung, dem Wettbewerb und im geänderten Konsumverhalten. Die Entwicklung unterliegt ständiger Marktbeobachtung.

Die Zahlungsfähigkeit der GSW wird durch das Finanzmanagement sichergestellt. Tägliche Liquiditätsanalysen mit gleichzeitiger Finanzplanung grenzen die Finanzrisiken ein und dokumentieren diese. Das monatliche Berichtswesen beinhaltet neben den Ergebnissen der Finanzwirtschaft das Forderungsmanagement sowie den Investitionsbericht.

Im Berichtsjahr bestanden keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdet hätten. Aus heutiger Sicht sind auch für die absehbare Zukunft Risiken dieser Art nicht erkennbar.

Prognosebericht

Die GSW möchten ihr Selbstverständnis, das sich über die Verantwortung für die Region definiert, mit dem Auftrag, die Energiewende vor Ort umzusetzen, kombinieren. Aus diesem Grund beabsichtigt das Unternehmen, in seinem Versorgungsgebiet eine Windkraftanlage in Form eines sogenannten Bürgerkraftwerks zu errichten. Hierzu haben die GSW bereits eine Standortanalyse in Auftrag gegeben.

Bei steigender Erzeugungslast aus erneuerbaren Energien leisten die Verteilnetze einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilität und zur effizienten Energieverwendung. Um Erzeugung, Verbrauch und Speicherung optimal aufeinander abstimmen zu können, investieren die GSW erhebliche Mittel in den Ausbau ihrer Netze und der Infrastruktur. Die Strategie der zukünftigen Netzinvestitionen wird in Übereinstimmung mit dem EnWG verfolgt, damit die Ziele einer möglichst sicheren und effizienten Verteilung erreicht werden. Im Hinblick auf die Refinanzierung der langfristigen Investitionen besteht eine große Abhängigkeit von den Entscheidungen des Regulierers.

Diese hohen Ansprüche an die Versorgungssicherheit sind auch im Bereich der Fernwärmenetze anzulegen.

Die sich stärker an ökologischen Kriterien ausrichtende Geschäftstätigkeit wird sich auch in neuen Produkten widerspiegeln. Das Marktdesign wird den Bedürfnissen der Kunden nach einer angemessenen Preisgestaltung ebenso Rechnung tragen wie dem Unternehmensauftrag, bei der Erzeugung von Energie Aspekte wie Nachhaltigkeit und Verantwortung zu berücksichtigen. Die Beteiligung an Erzeugungsanlagen ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen. So verfolgen die GSW weiterhin konsequent den Ausbau der regenerativen Energie. Hierzu gehört u. a. ein Projektentwicklungsauftrag mit der Trianel für ein Pumpspeicherkraftwerk.

Um den Kunden im Vergleich zum Wettbewerb einen weiteren Mehrwert zu bieten, ist der Ausbau der Energiedienstleistungen eine interessante Perspektive. Beratungsangebote zu den Themen Energiesparen, Energieeffizienz oder Energiemanagement verankern das Unternehmen weiter vor Ort und dokumentieren den Ansatz, Werte wie Kundennähe und Verantwortung zu leben.

Ein weiteres Thema ist der künftige Einsatz von so genannten intelligenten Stromzählern (Smart Meter), die dem jeweiligen Anschlussnutzer den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit anzeigt. Es ist noch völlig offen, wie diese Möglichkeit von den Kunden angenommen und umgesetzt werden kann. Entsprechend vielfältig sind die Fragestellungen, die sich aktuell zu diesem Komplex ergeben.

Ebenfalls in die Zukunft gerichtet ist das Projekt „Kleiner Racker“: Mit Gründung der Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH wurde eine Basis geschaffen, mit der die Kundenverluste durch Fremdversorger, die sich durch die Liberalisierung auf den Strommärkten und den zunehmenden Wettbewerb ergeben haben, kompensiert werden können. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, in dem Projekt „Kleiner Racker“ einen externen, ausschließlich internetbasierten Vertrieb von Strom und Gas mit weiteren Stadtwerke-Partnern durchzuführen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Das Unternehmen setzt in den kommenden Jahren weiterhin konsequent Maßnahmen aus Optimierungsprojekten um. Darüber hinaus werden neue konkurrenzfähige Produkte geschaffen, um die Kunden noch stärker an die GSW zu binden.

Im Energiebereich lassen insbesondere die Absatzzahlen im 1. Halbjahr 2012 das Erreichen des geplanten Ergebnisses für 2012 erwarten.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 und das Wirtschaftsjahr 2013 erwarten die GSW weiterhin stabile Ergebnisse.

Leistungen der Beteiligung

Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern)	2010	2011
	T€	T€
Stromversorgung	80.367	73.412
Erdgasversorgung	31.385	28.228
Wasserversorgung	5.187	13.230
Wärmeversorgung	6.430	5.647
Erlöse aus Energie- und Wasserverkauf	123.369	120.517
Sonstige	5.944	8.768
Gesamt	129.313	129.285

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2011 beträgt 1.894 T€. Es ist vorgesehen den Bilanzgewinn in Höhe von 1.471 T€ an die Gesellschafter im Verhältnis der Geschäftsanteile auszuschütten. Die genaue Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2011 beträgt 198.114,28 € netto. An Provisionen für verbürgte Darlehen wurden 17.043,10 € vereinnahmt und die Erträge aus den Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme betragen für das Jahr 2011 insgesamt 884.130,90 €.

Der Stand der Bürgschaften zu Gunsten der GSW GmbH zum 31.12.2011 beläuft sich auf insgesamt 11.362.067,92€.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Vorsitzender	Baudrexel, Jochen Stams, Robert
--------------	------------------------------------

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Schäfer, Roland	Bürgermeister
1. stellv. Vorsitzender	Huße, Hermann	Bürgermeister
2. stellv. Vorsitzender	Eßkuchen, Rainer	Bürgermeister
3. stellv. Vorsitzender	Diederichs-Späh, Karsten	Bauingenieur
4. stellv. Vorsitzende	Stuhlmann, Udo	Kfm. Angestellter
	van Acken, Marion	Kfm. Angestellte
	Aschhoff, Werner	Technischer Angestellter
	Mösgen, Jörg	1. Beigeordneter
	Dyduch, Marion	Teamleiterin Arge
	Hasler, Reinhard	Kommunalbeamter
	Herbst, Klaus	Pädag. Mitarbeiter
	Hübner, Manfred	Diplomingenieur
	Kampmeyer, Gerd	Schulleiter
	Mecklenbrauck, Horst	1. Beigeordneter
	Mork, Adrian	Geschäftsführer Kreistagsfraktion
	Pufke, Marco Morten	Personalberater
	Schäfer, Bernd	Sparkassenbetriebswirt
	Schulte, Peter	Rohrnetzbauer
	Sparringa, Harald	Oberstudienrat i.R.
	Weirich, Volker	Angestellter
	Wiedemann, Manfred	Bergmann i. R.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Gemeinde Bönen	Heinze, Klaus Werner Kohl, Brigitte Pilz, Detlef Eßkuchen, Rainer
----------------	--

Personalbestand

Mitarbeiter

Die GSW nehmen nicht nur als Energieversorger, sondern auch als Arbeitgeber eine große Rolle ein. So stieg im vergangenen Jahr die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 175 im Jahr 2010 auf 177 im Jahr 2011. In der Zahl enthalten sind 3 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, die sich in der Passivphase der Altersteilzeit befinden.

Um den ständig wachsenden Anforderungen der Energiewirtschaft Rechnung zu tragen, wurden viele Fort- und Weiterbildungen sowie diverse Workshops und Schulungen durchgeführt. Hierzu zählen auch die vorgeschriebenen Unterweisungen zur Arbeitssicherheit.

Darüber hinaus hat bei den GSW die betriebliche Ausbildung einen hohen Stellenwert: Weitere vier Auszubildende wurden im Jahr 2011 eingestellt. Inklusive der neuen Auszubildenden lernen bei den GSW somit derzeit 14 junge Menschen die Berufsbilder Industriekauffrau/-mann, Anlagenmechaniker/in, Elektroniker/in für Betriebstechnik und Fachangestellte/r für Bäderbetriebe.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Unternehmenssitz

Wirtschaftsförderungsgesellschaft
für den Kreis Unna mbH (WFG)
Friedrich-Ebert-Straße 19
59425 Unna

Telefon: 02303 - 271690
Telefax: 02303 - 271490
E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de
Internet: www.wfg-kreis-unna.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 21. Juli 1961 (Gesellschaftsvertrag) gegründet und am 24. August 1961 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, HRB 3054, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 19. Juli 2004.

Stammkapital

3.032.500,00 €

Ziele der Beteiligung

Die WFG verfolgt das Ziel, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern.

Zur Erreichung dieses Zweckes werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Informationsbeschaffung und -verteilung an die kreisangehörigen Gemeinden und die Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen und -entwicklungen
- Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Kompetenzfelder im Kreis Unna
- Förderung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung

Die Wahrnehmung der obigen Aufgaben dient grundsätzlich einem öffentlichen Zweck, der durch das am Gesellschaftszweck orientierte Handeln der Beteiligung in 2006 auch erfüllt worden ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus der Zielsetzung, durch die Ansiedlung von Unternehmen, die soziale und wirtschaftliche Struktur zu verbessern. Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist von der Verwaltung an die WFG übertragen worden.

Beteiligungsverhältnisse

<u>Gesellschafter</u>	<u>Beteiligung in €</u>	<u>In %</u>
Kreis Unna	1.213.000	40,00
Stadt Bergkamen	223.600	7,37
Gemeinde Bönen	92.500	3,05
Stadt Fröndenberg	100.300	3,31
Gemeinde Holzwickede	115.100	3,80
Stadt Kamen	168.500	5,56
Stadt Lünen	418.000	13,78
Stadt Schwerte	219.300	7,23
Stadt Selm	110.800	3,65
Stadt Unna	245.800	8,11
Stadt Werne	125.600	4,14
	<u>3.032.500</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen und ähnliche Rechte	21.029,00	11.246,00	12.277,00
II. Sachanlagen			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.568,00	35.270,00	29.845,00
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	375.495,05	403.230,05	405.530,05
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte WFG-Grundstücke	6.253.650,81	6.524.224,40	7.410.159,53
1. In Ausführung befindliche Bauaufträge	5.484.145,00	5.469.276,60	6.136.401,81
2. Erschließungskosten	600.260,81	885.702,80	1.273.757,72
3. Geleistete Anzahlungen	169.245,00	169.245,00	0,00
II. Grundstücke	19.864.627,00	17.583.186,56	17.899.467,80
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.654.381,15	27.765.703,39	35.214.677,40
1. Forderungen aus Ansiedlungen	29.633.254,58	27.029.334,62	33.775.874,52
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	119.585,80	186.282,08	4.590,80
3. Forderungen aus Darlehen	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Forderungen gegen Gesellschafter	820.739,40	216.726,95	1.254.025,54
5. Sonstige Vermögensgegenstände	80.801,37	333.359,74	180.186,54
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.240.075,90	3.889.449,80	2.241.523,51
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.225,20	0,00	60,00
Summe Aktiva	59.452.052,11	56.212.310,20	63.213.540,29
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500,00	3.032.500,00	3.032.500,00
II. Kapitalrücklage	7.215.440,75	7.215.440,75	7.215.440,75
III. Gewinnrücklagen	0,00	2.200.000,00	2.200.000,00
IV. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen	20.224.857,05	17.943.416,61	18.259.697,85
1. Grundstücke	19.864.627,00	17.583.186,56	17.899.467,80
2. Beteiligungen	360.230,05	360.230,05	360.230,05
C. Rückstellungen	2.312.300,00	329.000,00	568.000,00
1. Rückstellungen für Ansiedlungskosten	2.200.000,00	0,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	112.300,00	329.000,00	568.000,00
D. Verbindlichkeiten	26.666.954,31	25.478.146,53	31.936.955,49
1. Verbindlichkeiten gegen Kreis Unna aus Darlehen			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.756.459,40	24.911.291,88	30.561.291,88
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	514.570,52
4. Verbindlichkeiten aus Ansiedlungen	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten aus Grundstückskäufen	0,00	0,00	0,00
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	584.782,73	187.630,46	119.776,04
7. Sonstige Verbindlichkeiten	325.712,18	337.224,19	367.367,05
8. Erhaltene Anzahlungen	0,00	42.000,00	373.950,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	13.806,31	946,20
Summe Passiva	59.452.052,11	56.212.310,20	63.213.540,29

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	262.624,65	950.374,78	1.147.076,59
a) Erträge aus Ansiedlungen	0,00	713.040,00	850.862,83
b) Übrige Umsatzerlöse	262.624,65	237.334,78	296.213,76
2. Veränderungen des Bestandes	5.502.334,26	270.573,59	1.055.180,13
3. Sonstige betriebliche Erträge	758.754,79	598.864,40	396.388,83
Gesamtertrag	6.523.713,70	1.819.812,77	2.598.645,55
4. Materialaufwand	5.487.079,24	838.997,68	1.365.487,59
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			
b) Aufw. für bezogene Leistungen			
5. Personalaufwand	1.228.209,32	1.213.048,00	1.315.865,25
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	20.561,54	23.404,81	28.347,37
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	635.702,17	609.859,77	604.967,28
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	218.443,55	163.013,76	143.566,23
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.230,28	3.093,67	21.410,08
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-642.625,30	-705.577,40	-593.865,79
11. Sonstige Steuern	988,16	200,00	200,04
12. Erträge aus Verlustübernahme	643.613,46	705.777,40	594.065,83
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Auszüge aus dem Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2011 war auf der einen Seite von der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise und auf der anderen Seite von einer weiteren Erholung der deutschen Wirtschaft geprägt. Das statistische Bundesamt kommt in einer vorläufigen Berechnung zum Ergebnis, dass im abgelaufenen Jahr das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um ca. 3 % gegenüber 2010 gestiegen ist.

Die positive Entwicklung der Wirtschaft spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigungssituation im Kreis Unna wider. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt auf 9,3 % (gegenüber 10,0 % im Jahr 2010) ab. Ein Wert, der zuletzt 1992 erreicht wurde. Gleichzeitig stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 6,1 % auf 113.004 (30.09.2011) deutlich an. Damit sind die absoluten Höchststände aus dem Jahr 1991 mit über 112.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kreis Unna inzwischen übertroffen worden. Sollte sich diese Beschäftigtendynamik am Arbeitsmarkt weiter fortsetzen, wird auch das nächste Ziel, für jeden dritten Einwohner einen Arbeitsplatz anbieten zu können, bald keine Utopie mehr sein (derzeit 27,6 %).

Das operative Geschäft der WFG konzentrierte sich im Geschäftsjahr 2011 auf folgende Schwerpunktaktivitäten:

Der neueingeschlagene Weg, weg von den Treuhandprojekten hin zu WFG-eigenen Projekten wurde 2011 konsequent weiterverfolgt. Intensiv weitergearbeitet wurde an dem Projekt Interkommunales Gewerbegebiet Unna/Kamen. Hier ist es gelungen, durch eine enge Planungskoooperation zwischen den Städten Unna und Kamen, den Bebauungsplan UN 87B am Ende des Jahres rechtskräftig abschließen zu können. In diesem Gebiet muss nun kurzfristig weiterer Grunderwerb für die Erschließung getätigt und weiteres Planungsrecht in Form des Bebauungsplans UN 87A geschaffen werden. Die beiden weiteren Eigenprojekte der WFG an der Hansastraße in Unna und in Schwerte-Nord wurden deutlich vorangebracht. An der Hansastrasse wurde 2011 mit den Erschließungsarbeiten begonnen und ein erstes Grundstück konnte bereits vermarktet werden. Im Projekt Schwerte-Nord wurde mit der Erstellung des Bebauungsplanes begonnen.

Trotz alledem übersteigen die Treuhandprojekte in Zahl und Umfang derzeit noch die WFG-Projekte. Insbesondere im INLOGPARC in Bönen konnte trotz schwieriger Rahmenbedingungen der Grunderwerb vorangebracht werden. Somit konnte die Basis für weitere Erschließungsarbeiten und Ansiedlungen gelegt werden.

Insgesamt wurden 2011 zehn Grundstückskaufverträge mit Unternehmen bzw. Investoren geschlossen (Vorjahr: elf Verträge). Dabei wurden 355.156 m² Grundstücksfläche verkauft (Vorjahr: 104.725 m²). Größte Ansiedlungen waren die Firmen Stahlwerk Unna und Lidl (beide INLOGPARC Bönen), die Erweiterung der Firma Bast im Nordlippepark Werne sowie die Firma RSA CuttingSystems im Gewerbegebiet Nattland in Schwerte.

2011 wurden von der WFG acht Grundstückstauschverträge geschlossen. Dabei wurden 435.488 m² Grundstücksfläche getauscht.

Die WFG schloss darüber hinaus sieben Grundstückskaufverträge mit Eigentümern, hauptsächlich Landwirten, ab.

351.281 m² Grundstücksfläche konnte somit erworben werden (Vorjahr: zwei Verträge; 12.787 m²). Im Rahmen von drei Übertragungsverträgen wurden insgesamt 45.215 m² Infrastrukturflächen auf die jeweilige Belegenheitskommune übertragen (Vorjahr: vier Verträge; 49.742 m²).

Die Anzahl der Ansiedlungskontakte betrug mit 34 weniger als noch im Vorjahr (67). Es wurden insgesamt ca. 1.127 Arbeitsplätze vor Ort gesichert und ca. 426 neu geschaffen.

	2010		2011	
	Anzahl Verträge	Größe der Flächen	Anzahl Verträge	Größe der Flächen
Käufe	2	12.787 m ²	7	351.281 m ²
Verkäufe	11	104.725 m ²	10	355.156 m ²
Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen	-	-	-	-
Übertragungsverträge	4	49.742 m ²	3	45.215 m ²
Tauschgeschäfte	-	-	8	435.488 m ²
Gesamt	17	167.254 m²	28	1.187.140 m²

Bestandsentwicklung und Unternehmerservice

Neben der Ansiedlungspolitik und der damit verbundenen Gewerbeflächenbevorratung besteht ein wichtiges Handlungsfeld der WFG in der Bestandsentwicklung und der Unternehmerservice. Dazu gehört ebenso die branchenorientierte Bestandsentwicklung durch die Ausgestaltung der Kompetenzfelder Logistik, Maschinenbau/Fabrikautomation, Lebenswissenschaften, Energie und Entsorgungs- und Verwertungstechnik, als auch die lokale Bestandsentwicklung in den Kommunen Bönen, Fröndenberg, Selm und Unna. Insgesamt wurden 2011 472 direkte Unternehmenskontakte durch die WFG-Mitarbeiter durchgeführt bzw. bearbeitet. Darüber hinaus nahmen an den Seminaren des WFG-Mittelstandsforums 144 Unternehmer oder Mitarbeiter aus Unternehmen teil.

Gründerservice

Die WFG ist unter dem Dach des StarterCenters NRW eine wichtige Anlaufstelle für Unternehmensgründungen im Kreis Unna. Durch Partnercenter in den Kommunen Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 suchten 503 Gründungsinteressierte den Kontakt zum StarterCenter bei der WFG Kreis Unna. Hinzu kommen noch einmal 107 Kontaktgespräche in den Partnerinstitutionen.

Arbeitsmarkt und Qualifizierung

Die WFG setzt im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wichtige Impulse, um das Bildungsniveau und die Fachkräfteausbildung im Kreis Unna nachhaltig zu verbessern.

Die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und die Koordinierungsstelle Frau und Beruf fördern u.a. einen bruchlosen Übergang von der Schule in den Beruf und eine verbesserte Berufsorientierung, mit der vor allem der Nachwuchs für technikorientierte Branchen gesichert werden soll. Hier spielt die Qualifizierung der Studien- und Berufswahlkoordinatoren/-innen in Schulen, das Qualitätssiegel Schule → Beruf oder die zuletzt in Unna stattgefundene Messe Perspektive Technik eine wichtige Rolle. Weitere Schwerpunkte in 2011 waren die Verbesserung der Infrastrukturbasis für Frauen und Unternehmen im Zusammenhang mit Eltern- und Pflegezeiten, die Weiterbildungsberatung sowie die Entwicklung von Projekten und Koordinierung von Aktivitäten zur Förderung der Beschäftigtenfähigkeit und zur Integration benachteiligter Zielgruppen am Arbeitsmarkt.

Vermögens-/Kapitallage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Positionen Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungskosten bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-Grundstücken umfasste im Geschäftsjahr 6.136 TEuro (Vorjahr: 5.469 TEuro) und die darauf aktivierten Erschließungskosten 1.274 TEuro (Vorjahr: 886 TEuro). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit 17.899 TEuro (Vorjahr: 17.583 TEuro) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen mit 33.776 TEuro (Vorjahr: 27.029 TEuro). Diese Positionen sind maßgeblich für die Höhe der Bilanzsumme der WFG verantwortlich. Langfristig wird sich ein Trend ergeben, wonach sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten verschieben wird. Damit wird der Zeitpunkt näherkommen, dass die WFG für diese Projekte auch auf Fremddarlehen zurückgreifen muss und die Projekte auch faktische Zinsaufwendungen mitverdienen müssen.

	2009 in T€	2010 in T€	2011 in T€
Zum Verkauf bestimmte WFG-Grundstücke	6.254	6.524	7.410
Treuhandgrundstücke	19.865	17.583	17.899
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.654	27.766	35.215

Der Kassenbestand belief sich auf 2.242 TEuro (Vorjahr: 3.889 TEuro). Unter dem Strich hat sich die Bilanzsumme um 7.001 TEuro erhöht und beträgt nun 63.214 TEuro.

Die Passivseite besteht im Wesentlichen aus Eigenkapital von 12.448 TEuro (Vorjahr: 12.448 TEuro), aus Ausgleichsposten von 18.260 TEuro (Vorjahr: 17.943 TEuro) sowie aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 30.561 TEuro (Vorjahr: 24.911 TEuro). Durch einen erhöhten Finanzierungsbedarf bei den WFG-eigenen Projekten und den Treuhandprojekten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5.650 TEuro gestiegen.

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital und besteht aus dem gezeichneten Kapital, der Gewinnrücklage und der Kapitalrücklage. Das Eigenkapital der WFG beträgt 12.448 TEuro. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte und neuerdings verstärkt für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von 406 TEuro ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Eigenkapitalquote der WFG ist leicht auf 20 % (Vorjahr: 22 %) gefallen. Dagegen ist die Fremdkapitalquote auf 80 % (Vorjahr: 78 %) gestiegen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von -7.865 TEuro (Vorjahr: +2.333 TEuro) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten -26 TEuro (Vorjahr: -45 TEuro) und aus Finanzierungstätigkeiten +6.244 TEuro (Vorjahr: -639 TEuro).

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die WFG erzielte im Geschäftsjahr 2011 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -594 TEuro (Vorjahr: - 706 TEuro). Die wesentlichen Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG 2011 gründete, bestand aus den Umsatzerlösen (1.147 TEuro; Vorjahr: 950 TEuro), den sonstigen betrieblichen Erträgen (396 TEuro, Vorjahr: 599 TEuro), den Bestandsveränderungen (1.055 TEuro; Vorjahr: 271 TEuro) und den Zinserträgen (144 TEuro; Vorjahr: 163 TEuro). Im Geschäftsjahr 2011 konnte die WFG Einkünfte (ohne Bestandsveränderungen) in Höhe von 1.687 TEuro erzielen (Vorjahr: 1.712 TEuro). Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.365 TEuro (Vorjahr: 839 TEuro) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsanlagen in langfristige WFG-eigene Projekte dar.

Die Bestandsveränderungen weisen 1.055 TEuro (Vorjahr: 271 TEuro) auf und hatten in diesem Geschäftsjahr mit Grundstückserwerben von 653 TEuro sowie mit Erschließungsarbeiten von 402 TEuro in den WFG-eigenen Projekten zu tun. Der Saldo zwischen den Bestandsveränderungen und dem Materialaufwand war mit -310 TEuro niedriger ausgefallen als zum Vorjahr (- 568 TEuro). Um den Gewinn aus den Grundstücksverkäufen herauszurechnen muss folgendes Schema betrachtet werden:

	Bestandsveränderungen	1.055 TEuro
+	Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen	851 TEuro
-	Materialaufwand	1.365 TEuro
=	Gewinn aus Grundstücksverkäufen	<u>541 TEuro</u>

Durch verstärkte Aktivitäten in den WFG-eigenen Projekten sind die Bestandsveränderungen und die Aufwendungen Material- und Fremdleistungen gestiegen. Die Erhöhung beim Personalaufwand resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der Vollkräfte.

Im Hinblick auf die Ziele der WFG muss festgestellt werden, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG. Wirtschaftsförderung ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna.

Fazit zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zusammenfassend hat sich die Geschäftssituation der WFG im Vergleich zu denen im Wirtschaftsplan 2011 prognostizierten Zahlen verbessert und ist unter die 600 TEuro-Marke gefallen. Der Jahresfehlbetrag ist als zufriedenstellend zu bewerten. Dem Jahresfehlbetrag stehen zahlreiche Projekte und Initiativen der WFG gegenüber mit oftmals präventivem Charakter zur Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen im Kreis Unna. Jeder in die WFG investierte Euro ist daher eine gute Investition in die Zukunft des Kreises Unna.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung des Verlustausgleichs durch den Kreis Unna ist sichergestellt, dass die Gesellschaft die beschriebenen Aufgabenbereiche langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert.

Die WFG verfügt über ein Risikomanagement-System. Es ermöglicht der Geschäftsführung anhand von 60 Einzelkriterien, eingruppiert in sieben Risikokategorien, z. B. finanzwirtschaftliche Risiken oder Marktrisiken möglichst leicht und schnell zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten (z. B. Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsreserven, Risiken aus der Grundstücksbevorratung etc.). Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können.

Es bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Die noch im Kreis Unna vorhandenen Gewerbeflächenpotenziale müssen durch entsprechende Grunderwerbsverhandlungen und Erschließungsmaßnahmen weiterhin marktfähig gemacht werden. Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen darauf schließen, dass neben den sogenannten „harten“ Wirtschaftsförderungsmaßnahmen Aktivitäten wie Existenzgründungsförderung, Bildung, Qualifizierung und Bestandsentwicklung in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein werden. Hierzu wird die WFG ihre Aktivitäten weiter ausbauen. Dazu gehören vor allem auch weitere Maßnahmen um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Dazu wird im Jahr 2012 eine Innovationsoffensive gestartet werden. Umsatzsteigerungen hieraus sind jedoch nicht zu erwarten.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 wird laut Wirtschaftsplan, welcher vom Aufsichtsrat genehmigt worden ist, ein Jahresfehlbetrag von 677 TEuro erwartet und für das Folgejahr wird in etwa dasselbe Ergebnis angestrebt.

Leistungen der Beteiligung

Projekte	2010	2011
Bestandsprojekte	15	11
Planung		
Planungskosten	217.782,33 €	245.933,25 €
Erschließungskosten	1.223.843,29 €	5.547.039,46 €
Grunderwerb		
Verträge	2	15
Erworbene Quadratmeter	ca. 12.787	ca. 786.769
Sonstiges	-	-
Ausgabenvolumen	ca. 0,276 Mio. €	ca. 4,9 Mio. €
Vermarktung		
Verträge	15	10
Verkaufte Quadratmeter	ca. 104.725	ca. 355.156
Arbeitsplätze		
Neue Arbeitsplätze	ca. 91	ca. 426
	Amazon ca. 770	
Gesicherte Arbeitsplätze	ca. 137	ca. 1.127

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion wurde der Verlustausgleich vom Gesellschafter Kreis Unna geleistet (vgl. § 8 des Gesellschaftsvertrages). Alle übrigen Kommunen nahmen an der Finanzierung des Verlustes der Gesellschaft nicht direkt teil.

Der Stand der Bürgschaften am 31.12.2011 belief sich auf 11,0 Mio. €.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführer	Dr. Michael Dannebom Christoph Gutzeit
------------------------	---

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Michael Makiolla	Landrat des Kreises Unna
1. Stellv. Vorsitzender	Roland Schäfer	Bürgermeister der Stadt Bergkamen
2. Stellv. Vorsitzender	Wilhelm Jasperneite	CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Unna
	Heinrich Böckelühr	Bürgermeister der Stadt Schwerte
	Lothar Christ	Bürgermeister der Stadt Werne
	Brigitte Cziehso	SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag des Kreises Unna
	Rainer Eßkuchen	Bürgermeister der Gemeinde Bönen
	Herbert Goldmann	Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Kreises Unna
	Hermann Hupe	Bürgermeister der Stadt Kamen
	Werner Kolter	Bürgermeister der Stadt Unna
	Mario Löhr	Bürgermeister der Stadt Selm
	Friedrich-Wilhelm Rebbe	Bürgermeister der Stadt Fröndenberg
	Jenz Rother	Bürgermeister der Gemeinde Holzwickede
	Reinhard Schulz	Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund
	Hans-Wilhelm Stodolick	Bürgermeister der Stadt Lünen

Gesellschafterversammlung

Jürgen Kolar	Mitglied
Axel Fuhrmann	Stellvertreter

Personalbestand

Ende des Jahres 2011 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 30). Desweiteren waren je ein Mitarbeiter im Rahmen von Vereinbarung zur Personalabordnung von den Wirtschaftsbetrieben der Kreisstadt Unna und der Gemeinde Holzwickede bei der WFG tätig. Einen Mitarbeiter der Regionalagentur hatte die WFG an die Wirtschaftsförderung Dortmund weitergeleitet.

In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern. Der Altersdurchschnitt betrug 42 Jahre. Im Geschäftsjahr 2011 war eine Ausbildungsstelle besetzt.

Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungs-
gesellschaft mbH (UKBS)
Friedrich-Ebert-Straße 32
59425 Unna

Telefon: 02303 - 28270
Telefax: 02303 - 282799
E-Mail: info@ukbs.de
Internet: www.ukbs.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 19. August 1939 gegründet. Sie ist in das Handelsregister Hamm Abt. B unter Nr. 3046 eingetragen.

Stammkapital

2.600.000,00 €

Ziele der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im eigenen Namen. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, Wohnraum zu errichten, zu bewirtschaften und damit der Bevölkerung zu Wohnzwecken anzubieten.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Kreis Unna	1.061.850	40,84
Stadt Unna	381.150	14,66
Stadt Bergkamen	364.000	14,00
Stadt Kamen	286.000	11,00
Stadt Hamm	171.600	6,60
Stadt Fröndenberg	127.400	4,90
Gemeinde Bönen	78.000	3,00
Stadt Selm	78.000	3,00
Gemeinde Holzwickede	52.000	2,00
Gesamt:	<u>2.600.000</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	124.328,57	93.089,57	73.600,57
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	75.939.220,62	77.872.833,73	75.313.021,53
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	7.328.777,31	7.844.844,31	15.091.471,73
3. Grundstücke ohne Bauten	514.340,68	516.554,12	746.524,60
4. Techn. Anlagen und Maschinen	1,00	1,00	1,00
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	78.127,61	100.298,08	130.473,62
6. Bauvorbereitungskosten	396.949,64	23.494,07	21.600,00
7. Anlagen im Bau	1.824.658,72	3.861.820,26	1.634.028,77
8. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	499.784,52
III. Finanzanlagen	4.160,00	4.160,00	4.160,00
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
1. Unfertige Leistungen	5.018.309,62	5.074.151,89	5.141.980,96
2. Andere Vorräte	137.608,86	142.824,83	109.423,88
3. Geleistete Anzahlungen	52.079,00	32.887,00	31.219,75
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietung	89.969,15	76.504,83	80.422,03
2. Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	3.707,98	0,00	1.401,85
4. Sonstige Vermögensgegenstände	60.309,84	148.813,32	23.233,71
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	355.889,68	662.391,02	1.638.660,35
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.501,68	0,00	0,00
Summe Aktiva	91.929.939,96	96.454.668,03	100.541.008,87
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00
II. Gewinnrücklagen			
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklage	1.300.000,00	1.300.000,00	1.300.000,00
2. Bauerneuerungsrücklage	6.153.295,31	6.153.295,31	6.153.295,31
3. Andere Gewinnrücklagen	11.053.023,97	11.408.545,86	11.751.518,01
III. Bilanzgewinn	875.521,89	966.972,15	1.018.245,50
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen	188.344,00	205.489,00	197.128,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	27.000,00	1.500,00
3. Rückstellungen für Bauinstandhaltung	720.000,00	554.000,00	384.000,00
4. Sonstige Rückstellungen	51.000,00	49.500,00	52.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	57.316.951,86	61.495.498,99	65.286.954,89
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	5.895.508,18	5.633.494,95	5.375.865,93
3. Erhaltene Anzahlungen	5.173.300,38	5.144.068,35	5.439.463,79
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	211.289,20	239.487,07	293.861,26
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	389.543,81	666.677,92	648.315,42
6. Sonstige Verbindlichkeiten	2.161,36	10.638,43	38.860,76
Summe Passiva	91.929.939,96	96.454.668,03	100.541.008,87

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u> €	<u>2010</u> €	<u>2011</u> €
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	14.229.663,93	14.539.580,57	15.081.383,42
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,00	1.847,37	13.654,50
2. Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	312.986,75	55.842,27	67.829,07
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	271.610,50	201.184,00	197.134,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	372.256,60	314.418,27	521.615,95
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	7.737.494,55	7.672.105,61	8.051.974,53
6. Rohergebnis	7.449.023,23	7.440.766,87	7.829.642,41
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	984.452,51	1.055.825,94	1.069.153,40
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	301.553,18	311.511,83	313.634,89
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.800.892,28	2.880.804,13	2.986.427,78
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.080.297,06	691.490,96	668.293,27
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50.970,87	3.663,49	10.979,71
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.068.726,51	1.122.525,30	1.388.227,49
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.264.072,56	1.382.272,20	1.414.885,29
13. außerordentliche Aufwendungen	0,00	21.753,00	0,00
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	30.739,60	16.492,50	8.142,00
15. Sonstige Steuern	357.811,07	377.054,55	388.497,79
16. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	875.521,89	966.972,15	1.018.245,50
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00
18. Bilanzgewinn/-verlust	875.521,89	966.972,15	1.018.245,50

Auszüge aus dem Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Allgemein

Obwohl sich das Wachstum in Europa merklich verlangsamt hat, erlebte die deutsche Wirtschaft 2011 ein wachstumsstarkes Jahr. Erst gegen Ende des Jahres warnten die Wirtschaftsweisen vor einem konjunkturellen Einbruch. Zwischenzeitlich hat sich die Lage gefestigt. Von deutschen Unternehmen gehen gute Nachrichten aus und auch die Wirtschaft im Ruhrgebiet präsentiert sich in einer soliden Verfassung. Hier sehen die Unternehmen nach Feststellung der IHK gute Chancen, dass die Konjunktur weiter auf hohem Niveau bleibt. Dennoch: Für die Prognose stehen die Risiken weiter im Blick. Sie werden allgemein in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gesehen und in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise, die eine sinkende Inlandsnachfrage nach sich ziehen kann. Die Entwicklung auf dem Energie- und Rohstoffmarkt, von der nachhaltig auch die Wohnungswirtschaft betroffen ist, trägt im Übrigen weiter zu einer gewissen Unsicherheit bei. Erfreulicherweise ist die Zahl der Arbeitslosen in 2011 deutlich gesunken und die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen. Für 2012 gehen die Prognosen von einem verlangsamt anstiege der Zahl der Erwerbstätigen aus und somit von einem nur vorsichtigen Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen.

Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2011

- 2.780 Wohnungen und
- 29 Büro- und sonstige Einheiten
- in insgesamt 373 Häusern
- 1 Parkhaus mit 82 Stellplätzen
- 486 Garagen

mit einer Gesamtwohn/-nutzfläche von 193.698,08 m² umfasst.

Für die Mieter bestand auch 2011 ein günstiges Preis/Leistungsverhältnis. Die Mieten sämtlicher Wohnungen lagen auch in 2011 ausschließlich, überwiegend sogar deutlich, unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 402,6 T€ (2010: 394,2 T€). Von den Kosten entfallen 31,6 T€ (2010: 28,4 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 130,9 T€ (2010: 136,4 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2011 86,6 T€ Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betrugen in 2011 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 3,3 % (= 507,8 T€), gegenüber 2010 3,2% (= 479,0 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 106,4 T€ (2010: 93,2 T€) enthalten. Diese hohen Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.578,1 T€ (2010: 3.357,8 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2011 in Relation zur Sollmiete rd. 34,8 % (Vorjahr: 33,9%) verausgabt. Dies sind 18,78 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 18,07 € pro durchschnittliche m²).

Neubautätigkeit

- Bergkamen

Im September 2011 wurde ein 4.450 qm großes Grundstück in Bergkamen erworben. Die Vorplanung für die Bebauung sehen Wohnen für Senioren vor. Der Baubeginn ist geplant für das Jahr 2013.

- Bönen

Mit dem Neubau von 41 Wohnungen in Bönen als „Betreutes Wohnen“ wurde im 4. Quartal 2011 begonnen. Die Fertigstellung der barrierefreien Wohnungen sowie Gemeinschafts- und Betreuungsräume ist für Januar 2013 geplant.

Im September 2011 wurde ein 2.257 qm großes Grundstück in Bönen erworben. Geplant ist der Neubau einer Kindertagesstätte. Der Beginn soll im Februar 2012 erfolgen.

- Kamen

Die im April 2010 begonnene Neubaumaßnahme zur Stellung des Gesundheitszentrums in Kamen mit dem angrenzenden Parkhaus wurde im Juni 2011 fertiggestellt und am 01.07.2011 den Nutzern übergeben.

- Unna

Im 2. Quartal 2011 wurde mit dem Ausbau an das in 2009 bezogene Mehrgenerationenwohnhaus in Unna, Effertzstraße, begonnen. Der Bezug von 6 weiteren Wohnungen ist zum 01.03.2012 vorgesehen.

Mit dem Bau einer Kindertagesstätte wird im Frühjahr 2012 begonnen. Das in Unna-Königsborn gelegene 1.950 qm große Grundstück wurde im September 2011 erworben.

In Unna, Erlenweg, ist ein Anbau an einer vorhandenen Kindertagesstätte in Planung. Hierzu wurde ein Grundstück mit einer Größe von 1.322 qm im September 2011 erworben.

Für die begonnenen und geplanten Neubaumaßnahmen werden in 2012 Fremdkosten in Höhe von rd. 6.575 T€ entstehen. Die Finanzierung erfolgt durch 5.335 T€ öffentliche Mittel und Hypothekendarlehen und rd. 1.240 T€ Eigenmittel der Gesellschaft.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Bilanzgewinn von 1.018,2 T€ (2010: 967,0 T€) ausgewiesen. Dieser Bilanzgewinn wurde im wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2011 100,5 Mio. € (2010: 96,5 Mio. €.).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 93,5 Mio. € (2010: 90,3 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 94,0 Mio. € (2010: 90,3 Mio. €.) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 93,0% (2010: 93,6%).

Die Eigenkapitalquote beträgt 22,7 % gegenüber 23,3 % im Vorjahr.

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2011 nicht eingetreten.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2011 voll entsprochen.

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Prognosen für den Kreis Unna und die Stadt Hamm gehen seit Jahren von einer rückläufigen Entwicklung der Bevölkerungszahl aus. Hinzu kommt: Die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl der Menschen, die unterstützende Leistungen erhalten, sowie die Kaufkraft pro Bewohner stellen sich im Vergleich zum NRW-Durchschnitt ungünstiger dar. Das stellt die Unternehmen der Region vor neue Herausforderungen.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Region, in der unsere Gesellschaft tätig ist, wird – speziell bei Mietwohnungen – auch künftig durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet sein. Ein Zeichen dafür ist die moderate Entwicklung der Mietpreise unserer Regionen seit 2010. Damit sind Erhöhungsspielräume für energetische Sanierungen und Modernisierungen begrenzt. Darüber hinaus wird prognostiziert, dass die Alterspyramide weiter zunimmt, aber gerade die Bevölkerungsgruppe der Senioren künftig über geringere (Renten-) Einkommen verfügen wird.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Marktfähigkeit unseres Wohnungsbestandes gewinnt immer mehr an Bedeutung. Auch im Jahr 2011 wurde durch die regelmäßigen Modernisierungen unseres Hausbestandes gewährleistet, dass unser Wohnungsangebot am Markt weiterhin gute Chancen haben wird.

Dennoch sollten Überlegungen angestellt werden, Objekte mit Ausstattungsstandards, die vom Markt nicht mehr akzeptiert werden, rückzubauen oder durch Neubauten zu ersetzen, damit langfristig die Wirtschaftlichkeit erhalten werden kann. Grundsätzlich aber wollen wir die Attraktivität unseres Wohnungsbestandes erhalten und verbessern. Dazu sollen in erster Linie energetische Sanierungen dienen, die Schaffung eines ansprechenden Wohnumfeldes und die Durchführung von barrierearmen Maßnahmen in den Wohnungen oder Häusern.

Ergänzt werden diese zeitgemäßen Optimierungen durch Service-Angebote rund um das Wohnen und die verschiedensten Projekte für alle Mietergruppen. Neben den bereits entstandenen neuen, innovativen Wohnformen für Seniorinnen und Senioren ist im 3. Quartal 2011 mit dem Bau des Neubauprojektes „Betreutes Wohnen in Bönen“ begonnen worden. In der Planung befinden sich zudem Wohnprojekte für Senioren in Bergkamen und Fröndenberg sowie für Kindertagesstätten in Unna und Bönen.

Des Weiteren übernehmen wir eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sorgen als kommunales Wohnungsunternehmen durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung auch künftig bezahlbar bleibt.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden. Derivate Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht in Anspruch genommen.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen. Fällig gewordene Darlehn wurden zu marktüblichen Konditionen und einem Zinsfestschreibungszeitraum von 10 Jahren prolongiert.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2012 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin positiv dar. Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Jahresergebnis in ähnlicher Höhe erwartet.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietermarkt von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an neuen Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der lokalen, wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Leistungen der Beteiligung

	2010	2011
Gesamtwohn/-nutzfläche in m ²	188.227,20	193.698,08
Wohnungen	2.791	2.780
davon in Bönen	212	212
Büro- und sonstige Einheiten	14	29
Parkhaus	0	1
Garagen	464	486
Fluktuationsquote in %	10,3	10,0
Leerstandsquote in % (31.12.2011)	2,9	2,6

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Aus dem Jahresüberschuss 2011 erhält die Gemeinde Bönen gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.05.2012 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 18.720,00 €.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Matthias Fischer
Prokurist	Karl-Friedrich Meister

Aufsichtsrat

Kreis Unna

Stadt Unna

Stadt Bergkamen

Stadt Kamen

Stadt Hamm

Stadt Fröndenberg

Gemeinde Bönen

Stadt Selm

Gemeinde Holzwickede

Ordentliche Mitglieder

Theodor Rieke (Vors.)
Michael Makiolla
Ursula Sopora
Martin Wiggermann
Claudia Gebhard
Andrea Hosang
Werner Kolter
Michael Hoffman (Stellv.)
Horst Mecklenbrauck
Uwe Radtke
Reiner Brüggemann
Friedhelm Lipinski
Björn Pförtzsch
Josef Schmidt
Thomas Köster
Wolfgang Steinberg
Jenz Rother

Stellvertretende Mitglieder

Wolfgang Kerak
Norbert Hahn
Jörg-Uwe Ebner
Ursula Lindstedt
Gerhard Meyer
Herbert Goldmann
Ralf Kampmann
Werner Porzybot
Dr. Ing. Hans-Joachim Peters
Michael Jürgens
Ronald Sostmann
Michael-Dieter Krause
Raymund Schneeweis
Jürgen Wiechert
Norbert Enters
Herbert Krusel
Frank Lausmann

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Gemeinde Bönen in der Gesellschafterversammlung

Ordentliche Mitglieder
Gerhard Schmidt

Stellvertretende Mitglieder
Werner Kümmel

Personalbestand

Zum 31.12.2011 waren insgesamt 29 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Davon waren sechs Teilzeitbeschäftigte. Eine Mitarbeiterin befindet sich im Erziehungsurlaub.



Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Unternehmenssitz

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
Geschäftsleitung: Krögerweg 11
48155 Münster

Telefon: 0251 - 6270250
Telefax: 0251 - 6270222
E-Mail: info@vku-online.de
Internet: www.vku-online.de

Betriebshof Kamen: Lünener Str. 13, 59174 Kamen
Betriebshof Lünen: Kupferstr. 54, 44532 Lünen

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 27.07.1908 als „Kleinbahn Unna – Kamen – Werne“ gegründet. Die heutige VKU arbeitet seit 1980 unter dem Dach der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH WVG.

Stammkapital

3.856.100,00 €

Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebietes nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen aus.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gesellschaftsziel, die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Kraftfahrzeugen sowie die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern, zu erreichen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Beteiligung in €	in %
Kreis Unna	968.180,00	25,11
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	966.990,00	25,08
Stadt Lünen	632.050,00	16,39
Stadt Unna	353.910,00	9,18
Stadt Kamen	311.320,00	8,07
Stadt Bergkamen	296.030,00	7,68
Stadt Werne	197.970,00	5,13
Gemeinde Bönen	53.220,00	1,38
Gemeinde Holzwickede	42.280,00	1,10
Stadt Selm	34.150,00	0,89
	3.856.100,00	100,00

Geschäftsergebnisse

Bilanz

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28.459,00	24.703,00	91.797,00
II. Sachanlagen	8.551.097,74	7.659.643,74	8.245.754,74
III. Finanzanlagen	87.207,78	241.548,57	396.211,78
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	220.981,79	226.783,55	195.895,17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	281.317,19	260.643,33	311.112,27
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen Gesellschafter	4.867.084,26	5.162.590,52	8.085.751,94
4. Sonstige Vermögensgegenstände	792.779,94	1.106.304,52	1.317.425,81
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	65.756,40	91.128,01	116.225,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.129,43	1.129,69	1.129,95
Summe Aktiva	14.895.813,53	14.774.474,93	18.761.303,91
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100,00	3.856.100,00	3.856.100,00
II. Kapitalrücklage	637.476,21	637.476,21	792.496,21
III. Jahresfehlbetrag	0,00	-152.946,00	-152.946,00
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	78.177,00	86.116,00	84.806,00
2. Sonstige Rückstellungen	2.565.154,00	2.952.223,40	2.496.637,58
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.684.637,82	4.937.560,28	6.246.258,13
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	952.243,60	1.027.912,28	3.335.442,62
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	106.148,58	109.577,94	138.853,25
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	1.028.125,60
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	540.131,71	229.687,61	106.254,37
6. Sonstige Verbindlichkeiten	475.744,61	796.262,54	428.543,43
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	294.504,67	400.732,72
Summe Passiva	14.895.813,53	14.774.474,93	18.761.303,91

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	17.708.288,83	17.880.034,37	17.577.154,67
2. Sonstige betriebliche Erträge	6.575.552,51	7.387.905,64	8.249.563,06
3. Materialaufwand			
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.525.128,37	2.944.200,93	3.015.002,95
b) Aufw. für bezogene Leistungen	9.300.889,75	9.834.448,42	10.383.912,37
4. Personalaufwand	8.630.725,47	8.564.746,10	8.445.719,47
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.500.636,67	1.526.811,94	1.518.063,57
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.045.088,16	2.117.559,51	2.219.450,76
7. Erträge aus Beteiligungen	120,00	60,00	0,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.596,56	2.613,58	4.588,00
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	152.946,00	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	285.731,28	253.912,94	234.779,25
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.358,20	-124.012,25	14.377,36
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	16.391,00	0,00
13. Sonstige Steuern	13.358,20	12.542,75	14.377,36
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	-152.946,00	0,00

Auszüge aus dem Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Umfeld der Finanzkrise, des demographischen Wandels sowie der weiterhin steigenden Kosten insbesondere für Energie konnte das operative Ergebnis gehalten werden.

Im Berichtsjahr wurden die Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG durch die neue Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG NRW abgelöst. Hierfür stellte das Land 100 Mio. EUR zur Verfügung. Diese wurden auf die Aufgabenträger auf der Basis der § 45a-Mittel und Nutz-Wagen-km der Verkehrsunternehmen aus 2008 aufgeteilt.

Weiterhin rückläufige bzw. stagnierende Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr, Mehrerträge aus nachträglich abgerechneten Einnahmezuscheidungen und höhere Ausgleichsleistungen gem. § 11a ÖPNVG NRW prägten das Berichtsjahr 2011.

Bericht über die öffentliche Zwecksetzung

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Auf einer Linienlänge von rd. 2.100 km wird öffentlicher Linienverkehr betrieben.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge. Daher übt die Gesellschaft ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebietes aus.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der nicht nur Hauptgesellschafter der VKU ist, sondern auch gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaften Ruhr-Lippe und Rhein-Ruhr integriert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 privaten Partnerunternehmen, die ca. 47 % der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

Ab 2011 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als interner Betreiber.

Mit der Direktvergabe wird der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre sicher gestellt; sie erfolgt für 10 Jahre.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Erträge im Linienverkehr stiegen auf Grund von Tarifierhöhungen um 1,7 %. Während sie im Jedermannverkehr mit + 2,7 % deutlich stiegen, entwickelte sich der Ausbildungsverkehr mit + 0,3 % auf Vorjahresniveau.

Die Ausgleichsleistungen für den Schülerlinienverkehr gem. § 11a ÖPNVG (ehem. § 45a PBefG) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 200 TEUR. Begünstigt wurde das Ergebnis des Berichtsjahres durch nachträgliche Einnahmezuscheidungen sowie Ausgleichszahlungen gem. § 45a PBefG und SGB für Vorjahre.

Die Umsatzerlöse lagen um rd. 300 TEUR unter denen des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. mit rund 7,6 Mio. EUR Leistungen des Kreises Unna für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen aus der Direktvergabe. Aufgrund dieser Erträge weist die Gesellschaft im Geschäftsjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr 7.969.899 km und die VKU beförderte rd. 14,6 Mio. Fahrgäste.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkten sich insbesondere die im Jahresvergleich mit durchschnittlich rd. 17 % stark gestiegenen Dieselpreise negativ aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm im Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen. Die Gesamtkosten stiegen moderat um 1,6 %.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.987 TEUR auf 18.761 TEUR.

Das Anlagevermögen nahm im Wesentlichen durch die Anschaffung von Omnibussen und durch die Einlage der Beteiligung des Kreises Unna an der WVG um 808 TEUR auf 8.734 TEUR zu.

Der Anstieg des Umlaufvermögens um 3.179 TEUR auf 10.026 TEUR resultiert hauptsächlich aus höheren Forderungen gegenüber dem Gesellschafter Kreis Unna (+2.924 TEUR).

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital durch die Sacheinlage des Kreises Unna um 155 TEUR auf 4.496 TEUR.

Die Rückstellungen sanken um 457 TEUR auf 2.581 TEUR, was überwiegend durch die Abrechnung von Einnahmezuscheidungen innerhalb der Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe begründet ist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich durch die Neuaufnahme eines Darlehens unter Berücksichtigung von Tilgungen der Altdarlehen um 1.309 TEUR auf 6.246 TEUR. Der überwiegende Teil der gestiegenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist durch die im Dezember erfolgte Lieferung von 5 neuen Omnibussen begründet. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis sind unter anderen 830 TEUR im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements gewährte Kassenhilfsmittel der WVG enthalten.

Das Anlagevermögen von 8.743 TEUR ist durch Eigenkapital (41,7 %) und durch langfristige Fremdmittel (58,3 %) finanziert.

Die Liquidität des Unternehmens wird im Verbund mit der WVG-Gruppe gesichert.

Risiko- und Prognosebericht

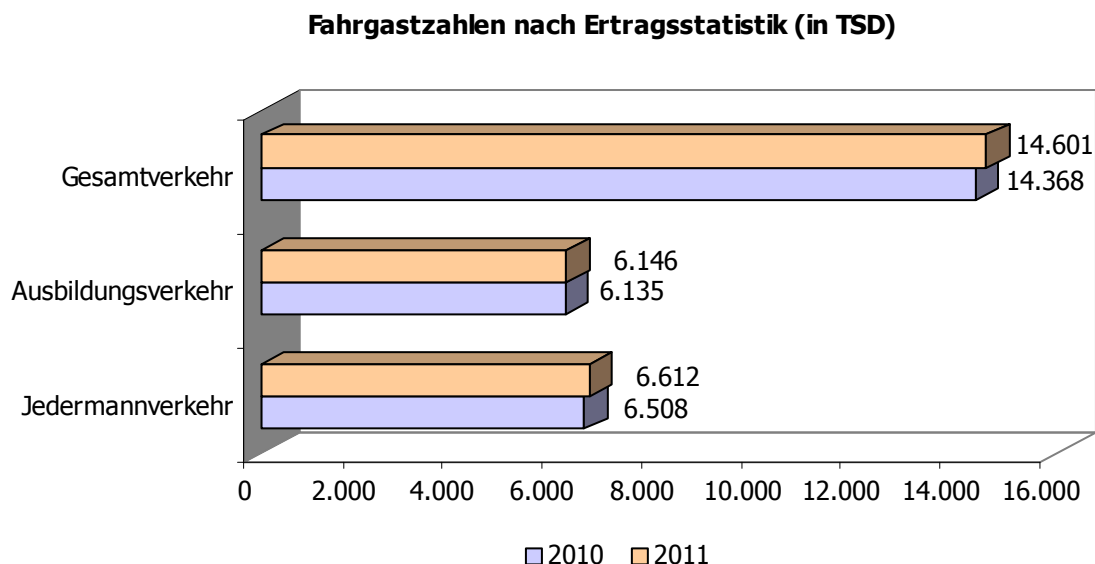
Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergabe für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe ist die Grundlage für den Hauptzweck der WVG – der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für ihre neuen Gesellschafterunternehmen – und damit der Erhalt der Gruppenstruktur bis 2020 gesichert.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV- und Eisenbahnunternehmen sowie die in den nächsten 10 Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine große Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar, das heißt insbesondere an die rechtzeitige, angemessene und wirtschaftliche Neubesetzung und Einarbeitung sowie die Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Bestandsgefährdende Risiken werden von der Geschäftsführung derzeit nicht gesehen. Es liegen auch keine Beschlüsse der Unternehmensorgane vor, die gegen eine solche Annahme sprechen.

Trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen wird für 2012 mit einem operativen Ergebnis in gleicher Höhe wie im abgelaufenen Geschäftsjahr gerechnet. Aufgrund noch nicht planbarer positiver Sondereffekte wird für 2012 ein schlechteres Gesamtergebnis als im Jahr 2011 erwartet. Insbesondere die Dieselpreisentwicklung birgt ein hohes Kostenrisiko.

Leistungen der Beteiligung



Verkehrsnetz

	<u>2010</u>	<u>2011</u>
Linienlänge gesamt in km	2.490	2.643
Anzahl der Linien gesamt	120	128

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung mit der Gemeinde

Es besteht eine Verlustabdeckungsvereinbarung aus dem Jahre 1993 zwischen dem Kreis Unna und den übrigen Gesellschaftern, wonach die jährlichen Verluste über den Kreishaushalt abgewickelt werden. 50 % werden nach einem Betriebsleistungsschlüssel abgerechnet und von den beteiligten Gemeinden an den Kreis Unna erstattet.

Der Anteil der Gemeinde Bönen bei der Verlustabdeckung der VKU betrug im Wirtschaftsjahr 2011

- 104.407,00 € für den allgemeinen Linienverkehr
- 28.246,00 € für die Schülerbeförderung

An Schülerbeförderungskosten wurden von der Gemeinde Bönen 2011 insgesamt 226.404,21 € an die VKU bezahlt.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Zwischen der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) besteht ein Geschäftsführungsvertrag, wonach die Aufgaben der Geschäftsführung von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH wahrgenommen werden.

Geschäftsführer	Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns
Stellv. Geschäftsführer	Dipl.-Geogr. Werner Linnenbrink

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Michael Makiolla	Landrat des Kreises Unna
1. Stellv. Vorsitzender	Werner Kolter, Bürgermeister	Stadt Unna
2. Stellv. Vorsitzender	Rainer Schmeltzer, Gewerkschaftssekretär	Arbeitnehmervertreter
	Günter Bremerich, Oberstudienrat a. D.	Kreis Unna
	Reiner Brüggemann, Beigeordneter	Stadt Kamen
	Lothar Christ, Bürgermeister	Stadt Werne
	Axel Fuhrmann, Kommunalbeamter	Gemeinde Bönen (bis 05.12.2011)
	Martin Gratz, Busfahrer	Arbeitnehmervertreter
	Jens Hebebrand, Trauersprecher	Kreis Unna
	Roland Henrichs, Busfahrer	Arbeitnehmervertreter
	Franz Herdring, Angestellter	Stadt Bergkamen
	Hans-Werner Kerl, Rentner	Gemeinde Bönen
	Michael Klimziak, Dipl. Pädagoge	Gemeinde Holzwickede
	Klaus Lamczick, Dipl. Volkswirt	Stadt Lünen
	Matthias Löb, Erster Landesrat	WLV/WVG (bis 13.04.2011)
	Mario Löhr, Bürgermeister	Stadt Selm
	Anke Schneider, Dipl. Designerin	Kreis Unna
	Ernst Sosna, Verw.-Angestellter	Arbeitnehmervertreter
	Thomas Tralle, Busfahrer	Arbeitnehmervertreter
	Franz Wuttke, Busfahrer	Arbeitnehmervertreter

Gesellschafterversammlung

Als Vertreter in der Gesellschafterversammlung ist von der Gemeinde Bönen bestellt gewesen:

Mitglied:	Kerl, Hans-Werner	Stellvertreter:	Pflicht, Michael
------------------	-------------------	------------------------	------------------

Personalbestand

	<u>2010</u>	<u>2011</u>
Anzahl der Mitarbeiter (Vollzeitstellen)	216	217
Anzahl Auszubildende	5	9



Bürgerstiftung Förderturm Bönen

Sitz der Stiftung

Bürgerstiftung Förderturm Bönen
Am Bahnhof 7
59199 Bönen

Telefon: 02383 - 9330
Telefax: 02383 - 933119
E-Mail: info@foerderturm-boenen.de
Internet: www.foerderturm-boenen.de

Gründung

Datum der Errichtung:	14.09.2003
Datum der Anerkennung	10.11.2003

Stiftungskapital (31.12.2011)

Gesamtkapital	774.920,41 €
Davon Anteil der Gemeinde Bönen	461.138,29 €

Ziele der Stiftung

In Fortführung ihrer Aktivitäten verfolgte die Stiftung auch 2011 die Ziele gemäß Satzung. Die Arbeit der Stiftung dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der Abgabenordnung.

Der ehemalige Förderturm dient einerseits als Denkmal bezüglich der industriellen Geschichte der Gemeinde Bönen und soll andererseits als lebendiger Ort Raum bieten für die Gemeinde und ihre Bürger. Die Stiftung strebt auch weiterhin den Erwerb des Turmes und dessen weiteren Ausbau an, wobei auch andere Betreiberformen denkbar scheinen.

Lagebericht

Der Bürgerstiftung Förderturm Bönen gehören zur Zeit ca. 140 Bönener Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und Verbände sowie die Gemeinde Bönen als Stifter an.

Das Stiftungskapital betrug zum Jahresbeginn 2011 747.437,41 EUR, einschließlich Rücklagen (40.000,00 EUR).

An Spenden und Zustiftungen konnte in 2011 ein Betrag von 2.141,00 EUR verzeichnet werden. Durch Anlage der Spenden und Zustiftungen und weiterer liquider Mittel stieg das Stiftungskapital einschließlich Rücklagen in 2011 auf 774.920,41 EUR.

Im Rechnungsjahr 2011 konnte aus dem laufenden Geschäftsbetrieb sowie aus der Vermögensverwaltung ein Überschuss in Höhe von 15.528,25 EUR erwirtschaftet werden.

2005 wurde in Absprache mit der Gemeinde Bönen, der LEG, dem Fördervereins Zeche Königsborn III/IV und der Bürgerstiftung Förderturm Bönen eine Bauhütte für den Ausbau des Förderturms unter der Regie des Fördervereins gegründet. Durch die Bauhütte konnten unter Einbeziehung arbeitsmarktklicher Fördermaßnahmen viele Arbeiten in und am Turm durchgeführt werden, die bei Fremdvergabe ein Vielfaches der Kosten verursacht hätten. So wurden in den Jahren 2005 bis 2011 Leistungen mit einem Gesamtaufwand von 429.139,44 EUR erbracht. Der tatsächliche Wert dieser Leistungen beträgt ein Vielfaches. Der Aufwand in 2011 betrug 6.650,58 EUR.

Die Mittel für die Bauhütte ergaben sich wie folgt:

LEG (Land, Kreis, Gemeinde):	391.000,00 EUR
in 2011	11.000,00 EUR
Arbeitsamt (ARGE):	53.491,53 EUR

Ausgegeben wurden diese Mittel für:

Personalkosten:	177.571,23 EUR
in 2011	414,70 EUR
Material und Fremdleistungen:	251.568,21 EUR
in 2011	6.235,88 EUR

Dem Förderverein gebührt hohe Anerkennung für die im Rahmen der Bauhütte erbrachten ehrenamtlichen Leistungen.

Die Bürgerstiftung versteht sich als Element der selbstbestimmten Bürgergesellschaft und ist wirtschaftlich und politisch unabhängig. Das Stiftungskapital wird weiterhin kontinuierlich aufgebaut. Weiter hat sie das Ziel, gemeinsam mit der Gemeinde Bönen und dem Förderverein Zeche Königsborn III/IV den Förderturm durch überwiegend ehrenamtliches Engagement als gemeindliches Zentrum mit überregionaler Bedeutung zu etablieren. Die Bürgerstiftung wirkt in einem breiten Spektrum des gemeindlichen und regionalen Lebens. Dabei bemüht sie sich auch um neue Formen des gesellschaftlichen Engagements.

Trotz der im Turm und auf dem Außengelände laufenden Bauarbeiten konnte die Stiftung auch im Jahre 2010 eine Vielzahl von regional und überregional bedeutsamen Veranstaltungen durchführen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Stiftung mit der Gemeinde

Die Gemeinde Bönen hat mit Errichtung der Stiftung im Jahre 2003 einen Betrag in Höhe von 391.138,29 € in die Stiftung eingebracht. Weiterhin besteht eine Vereinbarung, dass die Gemeinde Bönen jährlich den Betrag der Zustiftungen aus einem Matching-Fund bis zu einer Gesamtsumme von 10 T€ verdoppelt, d. h. für einen Euro Zustiftung gibt die Gemeinde eine Euro dazu, bis zu einem kommunalen Anteil von max. 10 T€ pro Jahr. Aus dieser Vereinbarung heraus hat die Gemeinde Bönen bisher folgende Zahlungen geleistet:

Jahr	Matching-Fund
2004	10.000 €
2005	10.000 €
2006	10.000 €
2007	10.000 €
2008	10.000 €
2009	10.000 €
2010	10.000 €

Die Vereinbarung galt nur bis einschließlich des Jahres 2010. Der kommunale Anteil beträgt somit insgesamt 461.138,29 €.

Zusammensetzung der Organe

Stiftungsvorstand

Vorsitzender	Ludger Töpfer
Vorstandsmitglied	Peter Baumgart
Gemeinde Bönen	Horst Becker

Stiftungsrat

Rainer Eßkuchen	Gemeinde Bönen
Thomas Köster	Gemeinde Bönen
Detlef Pilz	Gemeinde Bönen
Beate Brumberg	Sparkasse-Bergkamen-Bönen
Wilfried Holtkötter	Volksbank Bönen
Günter Wagner	Förderverein Zeche Königsborn

Von der Stifternversammlung gewählte Mitglieder

Hartmut Hegewald
Sabine Leiß
Dr. Janine Teuppenhayn
Annemarie Berg
Dr. Fritz Gnad
Klaus Maaß

Stifternversammlung	ca. 140 Einzelstifter & Stifterorganisationen
----------------------------	---

Personalbestand

Es wird kein Personal von der Bürgerstiftung beschäftigt.

Die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW zur wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung

Den rechtlichen Rahmen für die Voraussetzungen und die Form der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen bilden die §§ 107 bis 115 GO NRW, die anbei im Gesetzeswortlaut wiedergegeben werden:

11. Teil

Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung¹⁾

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

¹Gem. Art. XI G v. 9.10. 2007 (GV. NRW. S.380) dürfen wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigungen, die vor dem 19. März 2007 auf der Grundlage der seinerzeit geltenden Gemeindeordnung aufgenommen wurden, unbeschadet der in diesem Gesetz erfolgten Änderungen des § 107 GO NRW fortgesetzt werden.

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 108 - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 - c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,
2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,
3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 109 - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 - Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 - Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entscheidung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebs an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a - Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. §108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtung sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 - Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

Anlagevermögen

Zum Anlagevermögen gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, von dem Unternehmen dauerhaft genutzt zu werden. Das gesamte Anlagevermögen setzt sich aus dem immateriellen Vermögen, den Sachanlagen sowie den Finanzanlagen zusammen.

Bilanz

Die Bilanz (ital. Bilancia = Waage) zeigt die Herkunft und die Verwendung des Kapitals eines Unternehmens. Sie ist somit eine Gegenüberstellung von Vermögen (auf der Aktivseite) und Schulden (auf der Passivseite) in Kontenform.

Eigenkapital

Betriebswirtschaftlich gesehen ist das Eigenkapital Bestandteil der Passivseite der Bilanz. Rechnerisch ergibt sich das Eigenkapital aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Summe der Aktiva) und den Rückstellungen sowie den Verbindlichkeiten und den Rechnungsabgrenzungsposten. Jahresüberschüsse aus der Gewinn- und Verlustrechnung erhöhen das Eigenkapital, Jahresfehlbeträge verringern es.

Gesamtabschluss

Gemäß § 116 Gemeindeordnung NRW sind die Kommunen verpflichtet, spätestens ab dem 31.12.2010 einen Gesamtabschluss (HGB = Konzernabschluss) aufzustellen. Der Gesamtabchluss ist ein konsolidierter Jahresabschluss für die Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aller Unternehmen, die unter der einheitlichen Leitung oder dem beherrschenden Einfluss der Verwaltung stehen. Durch die Erstellung eines Gesamtabchlusses wird der „Konzern“ fiktiv so dargestellt, als wenn er ein rechtlich einheitliches Unternehmen wäre.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (im NKF Ergebnisrechnung) ist neben der Bilanz ein wesentlicher Bestandteil des Jahresabschlusses und somit der Rechnungslegung eines Unternehmens. Erträge und Aufwendungen eines Geschäftsjahres werden gegenübergestellt und dadurch wird der unternehmerische Erfolg ausgewiesen. Sind die Erträge höher als die Aufwendungen, ergibt sich ein Gewinn, anderenfalls ein Verlust.

Konsolidierungskreis

Die Gesamtheit aller Unternehmen, die Teil des Gesamtabchlusses sind, wird als Konsolidierungskreis bezeichnet.

Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben sind Entgelte, die Energieversorgungsunternehmen und Wasserversorgungsunternehmen an Gemeinden für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet mit Strom, Gas und Wasser dienen, abgeben müssen.

Matching-Fund

Mit Matching-Fund ist eine Form der komplementären Finanzierung für kulturelle Institutionen gemeint, bei der die Bereitstellung öffentlicher Mittel untrennbar mit der Bereitstellung privater Mittel gekoppelt ist. Im konkreten Fall ist vereinbart jede neue private Spende (hier Zustiftung) im Verhältnis 1:1 aufzustocken, bis zu einem öffentlichen Anteil von max. 10 T€ pro Jahr.

Stammkapital

Stammkapital ist die, bei einer GmbH von den Gesellschaftern zu leistende Kapitaleinlage. Es muss nach § 5 Abs. 1 GmbH-Gesetz mindestens 25.000 € betragen.

Verbindlichkeiten

Betriebswirtschaftlich sind Verbindlichkeiten alle am Bilanzstichtag noch offenen finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber Dritten. Sie werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die Forderungen, als Gegenstück, werden auf der Aktivseite der Bilanz gezeigt.